

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühren betragen für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 119.

Montag, den 25. Mai 1914.

21. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Dr. Ludwig, der Gefällige und Gutgläubige.

Daß Dr. Ludwig, der frühere Amtsblatt-Redakteur, ein gar empfindlicher Herr ist, dürfte unseren Lesern aus den wiederholten Prozessen gegen den „Lübecker Volksboten“ wohl noch in Erinnerung sein. Bei jeder Gelegenheit rannte er zum Rabi, um hier diejenigen zur Rechenschaft zu ziehen, die ihm, dem eifrigen Befürworter und „wissenschaftlichen“ Begründer der Lübecker Wahlrechtsräubereien, einmal auf die Hühneraugen getreten hatten. Empfindliche Menschen sind im allgemeinen nicht befällig und gutgläubig. Dr. Ludwig macht jedoch von dieser Regel eine Ausnahme; er ist die Gefälligkeit und Gutgläubigkeit selbst. Nur aus reiner Gefälligkeit und Gutgläubigkeit hat er sich in der bekannten Titelschacherangelegenheit betätigt, so wenigstens schreibt er — der angeblich schwerkrank im Ausland weilt — seiner gesinnungsverwandten Presse, u. a. natürlich auch den „Lübeckischen Anzeigen“. Nachdem er in seiner Zuschrift zunächst betont, daß der Reichsverband mit der „Enttüllung“ nicht das mindeste zu tun habe, fährt er fort:

„Ich selbst habe aus Gefälligkeit — natürlich nur als Privatmann und nicht als zweiter Beamter des Reichsverbandes — auf Wunsch eines mir bekannten Arztes Erkundigungen eingezogen, ob wohl möglich sei, ihm den Professortitel zu verschaffen. Die mir gegebene Auskunft habe ich auf Grund stenographischer Notizen gutgläubig weitergegeben. Mir stiegen aber hinterher Zweifel über die Richtigkeit auf, und ich überzeugte mich, daß die Angaben unzutreffend waren. Ich habe daher in der Sache nichts mehr getan, die Beziehungen abgebrochen und weder einen Pfennig Vermittlungsgebühr gefordert, noch empfangen. Der betreffende Arzt hat auch den gewünschten Titel nicht erhalten.“

Zurzeit Dörfel b. Reichenberg i. Böhmen,
23. Mai 1914.

Dr. Ludwig.

Nach dieser Zuschrift ist also Dr. Ludwig nur ein Opfer seiner Gefälligkeit und Gutgläubigkeit geworden. Nachdem er die „Beziehungen abgebrochen“ hatte, stand er wieder wie ein unschuldsvoller Engel da, der sich heileibe nie wieder zu solchen Dingen hergab und nie wieder vom rechten Wege abwich. Als er das den getreuen Amtsblatt-Lesern erzählt hatte, atmete er erleichtert auf. Sie werden mir — so kalkulierte er — das schon glauben und auch die verdammten Noten können hieran nicht rütteln. Doch mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu schließen und das Unglück schreitet schnell. Just zur selben Zeit, als Dr. Ludwig in Böhmen seinen Entschuldigungszettel zurechtgebokt hatte, wehte nicht weit von seinem derzeitigen Aufenthaltsort, in Breslau, dem dortigen sozialdemokratischen Organ ein freundlicher Wind aus Schlesien zwei Schreiben auf den Redaktionstisch, die von demselben Dr. Ludwig stammen und reichlich sechs Monate nach dem bekannt gewordenen Schreiben an den um den Professorentitel verlegenen Arzt verfaßt sind.

Durch die Bekanntgabe dieser beiden Schreiben ist Dr. Ludwig auch der letzten Spur seiner Unschuld beraubt worden. Wir sind schlecht genug, auch diese Schreiben unseren Lesern im Wortlaut mitzuteilen.

Das erste vorbereitende Schreiben lautet:

Dr. Franz Ludwig. Berlin, d. 7. April 1912
W. 57, Mansteinstr. 1.

Sehr geehrter Herr Doktor!

Wenn Sie ernsthaft den bewußten Titel anstreben, so werden Sie sicher darüber klar sein, daß hierzu größere finanzielle Anforderungen erfüllt werden müssen. Es handelt sich um ein absolut reelles

Zug-um-Zug-Geschäft. Der geforderte Betrag wird bei einem Notar deponiert mit der Bestimmung, daß er an dem Tage verfällt, an dem Sie den bewußten Gegenwert offiziell in Empfang nehmen. Im Falle des Nichtgelingens steht der Betrag unverkürzt zu Ihrer Verfügung, so daß Sie absolut kein Risiko eingehen. Irgendwelche Vorschüsse werden nicht erhoben. Diskretion gegenseitig selbstverständlich. Zuvor erst müßten Sie sich entschließen, Ihre Personalien anzugeben.

Ihren diesbezüglichen Mitteilungen sehe ich entgegen und zeichne

Hochachtungsvoll

Dr. Ludwig.

Der Kontrahent hat seine Personalien angegeben und nun wird er fester aufs Korn genommen:

Dr. Franz Ludwig.

Berlin, den 20. April 1912.

Herrn Dr.

Sehr geehrter Herr Doktor!

Gestatten Sie zunächst noch die Anfrage, ob Sie approbierter deutscher Zahnarzt sind. Ist dies nicht der Fall, ist die Erlangung des Hofzahnarzttitels, die vielleicht sonst mit 8–10 000 Mark zu lancieren wäre, etwas teurer. Auf jeden Fall aber bitte ich, unsern Briefwechsel zu vernichten und mir Ihre Entschickung baldmöglichst zu unterbreiten.

Hochachtungsvoll

Dr. Ludwig.

Also auch hier handelt es sich, wie im ersten Falle, um ein „Zug-um-Zug-Geschäft“, das absolut reell von dem treudeutschen Dr. Ludwig ohne Risiko und Gefahr für den deutschen oder ausländischen Zahnarzt — sogar ohne Vorschule — eingeleitet worden ist. Ob dieses „Geschäftchen“ gemacht worden ist oder nicht, wird Dr. Ludwig nun wohl in seinem nächsten Entschuldigungszettel an die „Lüb. Anz.“ mitteilen. Vielleicht erwähnt er hierbei auch, wieviel für ihn dabei abgefallen ist oder ob er aus purer Gefälligkeit die Sache umsonst gemacht hat. Dann wäre er allerdings ein schlechter Geschäftsmann und ein unpraktischer Nationalökonom.

Im übrigen wünschen wir, daß Dr. Ludwig sich recht bald von seiner „schweren Krankheit“ erholt, damit er wieder den Kampf gegen die „unmoralische“ und „sittenlose“ Sozialdemokratie aufnehmen und nebenbei seine Schieber-Geschäfte weiter betreiben kann. Unseren Segen hat er!

Die Lage in Spanien.

Von Pablo Iglesias-Madrid.

Spanien ist in ernster krisenhafter Lage. Die konservative Partei, die jetzt am Ruder ist, ist von Spaltungen zerrissen, die das Leben der Partei durchdringen und die Monarchie selbst bedrohen.

Der frühere Führer dieser Partei, Maura, hat sich von der Politik zurückgezogen. Zwischen ihm und seinem Adjutanten, dem gegenwärtigen Ministerpräsidenten Dato, und allen seinen Anhängern herrscht ein tiefer Zwiespalt. Doch nimmt man diesen Abschied vom politischen Leben nirgends ernst, da Mauras Sohn, Gabriel, sowie einige anderen von Mauras Anhängern eifrig am Werke sind, die öffentliche Meinung gegen die Regierung aufzuregen. Der Zweck dieses Angriffs ist, den Mann wieder emporzuheben, gegen den, als er Ferrer erschossen ließ, in allen zivilisierten Ländern Haß und Empörung aufkamen.

Die Agitation dieser Anhänger Mauras ist sowohl gegen die Regierung Dato gerichtet als gegen den König selbst. Und trotz ihrer Versicherung monarchistischer Treue veräumen diese Monarchisten keine Gelegenheit, um Alfonso XIII. anzugreifen. Kürzlich erst erklärte in einer Versammlung Gabriel Maura, daß sein Vater nicht für den Marokkokrieg gewesen sei. Wenn auch in 1909 einige Scharmühen zwischen spanischen Truppen und Arabern vorgefallen seien, so habe es sich dabei um Ruhestörungen gehandelt, deren man durch polizeiliche Maßnahmen hätte Herr werden können. Dies und nicht mehr habe der Minister gebilligt. Die anderen militä-

rischen Unternehmungen seien nicht das Werk Mauras gewesen. Damit hat Mauras Sohn die Schuld an dem unglückseligen Krieg natürlich dem König zuschieben wollen.

Der versteckte Haß, den die Mauristen gegen den König hegen, wird von diesem erwidert. Alfonso hat die öffentliche Meinung, die gegen eine Rückkehr von Maura an das Regierungsruder ist, zu Hilfe gerufen, um den konservativen Führer aus dem politischen Leben zu drängen. Um dies zu erreichen, hat er ein Einvernehmen zwischen dem Führer der größten liberalen Gruppen und Dato herbeigeführt. Daß der König auf diese Weise Maura endgültig kaltstellen wird können, ist möglich, aber nicht ohne Gefahr für das monarchistische Regime.

Gleich der konservativen Partei sind auch die spanischen Liberalen gespalten. Ihre Mehrheit schart sich um den Grafen Romanones, dem Vorgänger Datos. Die kleinere Gruppe der Liberalen hat Garcia Prieto zum Führer. Er war es, der den Vertrag zwischen Spanien und Frankreich unterschrieben hat, als er Staatsminister im Kabinett Romanones war. Diese Gruppe, die gegen das gegenwärtige Ministerium und verstoßt gegen die liberale Partei kämpft, nennt sich jetzt „demokratische Partei“.

Dies sind die Parteien, welche die Alfonsische Monarchie unterstützen.

Es gibt noch andere monarchistische Elemente, aber sie sind von geringer Wichtigkeit. Zum Beispiel die Regionalisten oder spanischen Separatisten, eine Gruppe von katalonischen Politikern, die Kataloniens Autonomie anstreben. Sie pflegen mit Konservativen, Kartisten und anderen winzigen Gruppen der äußersten Rechten zusammenzugehen.

Diesen monarchistischen politischen Kräften gegenüber stehen die republikanische Partei und die Sozialisten. Die Republikaner verfügen über große Volksmassen, die Sozialisten über die klassenbewußten Arbeiter und über eine vortreffliche Organisation. Die Republikaner und die Sozialisten bilden eine Koalition, die 1909 entstanden ist, mit dem Zweck, Maura zu stürzen, seine Wiederkehr zu verhindern und die Monarchie zu beseitigen. Von persönlichem Ehrgeiz geleitet, haben sich einige republikanische Führer von ihrer Partei losgemacht und versprochen, Anhänger der Monarchie zu werden, wenn sie nur liberaler und demokratischer wird. Ueberflüssig zu sagen, daß diese politischen Deserteure, an deren Spitze Melquiades Alvarez und Azcarate stehen, von allen fortschrittlichen politischen Elementen sehr scharf verurteilt werden.

Wenn Spanien sich jetzt in einem solchen irrazionalen Zustand befindet, so liegt die Hauptsache in unserer „internationalen Politik“. Die spanischen Machthaber, die klumpfüßig und knechtisch sind, haben für das Land Verträge geschlossen, die nur den eigennütigen Interessen des französischen und englischen Bürgertums dienen, und nur der lächerlichen, imperialistischen Schnüßsucht des spanischen Königs und der militärischen, ihm aus Eigennutz sehr ergebenen Gruppe schmeicheln.

Eine Folge dieser Politik ist der Krieg in Marokko, der schon fünf Jahre dauert, und das Land nicht nur Menschenopfer, sondern auch viele Millionen Pesetas gekostet und nichts eingetragen als einen schiefen Ruf. Augenblicklich kostet das Heer, das dort weilt (ungefähr 90 000 Mann), eine Million Pesetas täglich!

Eine andere Folge dieser Politik ist der Bau einer neuen Flotte, der bis jetzt 200 Millionen verschlungen hat — man hätte diese Summen ebenso gut ins Wasser werfen können — und die Vorbereitungen zu neuen, kostspieligeren Marinerausstattungen.

Eine Folge dieser Politik ist endlich der Bau einer elektrischen Bahn von Madrid zur französischen Grenze. Auch sie wird einige Millionen kosten, ihr Zweck ist: Truppen von Frankreich nach Afrika und, wenn die internationale Lage es fordert, von Afrika nach Frankreich zu transportieren.

Diese ungeheuren Ausgaben müssen das Land allmählich erdrücken, da Spanien eine sehr geringe Steuerkraft besitzt. Die Schuldenlast wächst immer mehr, die Steuern auch und die Folge ist, daß die Teuerung sich immer fühlbarer macht. Die Unzufriedenheit im Lande ist grenzenlos. Die Auswanderung infolge des Elends und des Krieges ist erschreckend. Der Marokkokrieg findet im ganzen Lande keine Verteidiger mehr. Die Anhänger des Krieges selbst, der König, einige Lieferanten und die militärische Gruppe, die durch ihn gedeiht, wagen es nicht, diese Abenteuer zu verteidigen. Das ganze Volk ist gegen den Krieg, und die republikanische, besonders aber die sozialistische Partei hört nicht auf, gegen ihn in ihren Zeitungen und Versammlungen zu protestieren.

Möglich ist es, daß die ungeheuren Kosten, die der Krieg verursacht, die Torheit der Kriegsführenden und die Haltung des Königs — es wird behauptet, daß er

in Krieg hinter dem Rücken der Regierung führt — zu einem Aufstand führen werden. Es ist vom Parlament wenig oder nichts zu erwarten, das diesen vermeiden könnte.

Wie bei früheren Wahlen verdanken die Abgeordneten, die den spanischen Cortes angehören, ihre Mandate der Vergewaltigung des allgemeinen Wahlrechts durch die Regierung oder durch die plutokratischen Elemente, so daß auch das gegenwärtige Parlament fast völlig dem früheren gleicht. Fast alle Politiker, die das Unglück Spaniens verschuldet haben, sind wieder da. Unter den 408 Abgeordneten sind 228 Konservative, 120 Liberale und Demokraten und 16 der republikanisch-sozialistischen Koalition (darunter nur ein Sozialdemokrat). Den Rest bilden eine Anzahl kleinerer Gruppen.

Es ist fast sicher, daß die Regierung keine konservative Majorität finden wird. Um ihr Leben weiter zu fristen, wird sie die Hilfe der Liberalen, unter Romanones Führung, in Anspruch nehmen müssen. Jeder glaubt, daß das Leben dieses Parlaments sehr kurz und unsicher sein wird. Die jetzige Regierung oder ihre Nachfolgerin, die der gleichen politischen Färbung sein wird, wird ohne Parlament zu regieren versuchen, was ja in Spanien Gewohnheit ist.

Während seines kurzen Lebens wird jedoch das Parlament sehr bewegt sein. Vor ihm wird der ungeheure Irrtum des Marrokokrieges dargelegt werden und Alfonso XIII. wird als der größte Schuldige an diesem unsinnigen Abenteuer gebrandmarkt werden. Und diese Kritik wird vielleicht das Volk zu der entscheidenden Tat drängen: sich von denjenigen zu befreien, die das Land ins Verderben stürzen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

General v. Lindenan und die braunen Lappen der Ordens- und Titelhungerigen.

Das Berliner „Kleine Journal“ (Nr. 23 vom 22. Mai) schreibt zu dem Fall Lindenan:

„Der sozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Karl Liebknecht hat im Reichstag die schwere Beschuldigung gegen den verstorbenen Gouverneur von Mecklenburg, General v. Lindenan, erhoben, daß er das ihm sichtlich bewiesene Vertrauen des Kaisers dazu benutzt habe, gegen Geld Titelschacher zu betreiben. Er hat diesen Vorwurf dokumentarisch bewiesen. Wir gestatten uns, daran zu erinnern, daß wir seit Jahren, wann immer auch von Herrn v. Lindenan die Rede war, und es war recht oft von ihm die Rede, weil er die Stufenleiter des Glücks in rasender Schnelligkeit hinaufkletterte, an dieser Stelle gesagt haben, daß ihm der Posten des Kriegsministers verjagt bleiben würde, weil er dadurch angefaßt seiner pekuniären Lage leicht in eine überaus blamable Situation gebracht werden könnte. Wir haben damit nur andeuten wollen, was jetzt der Herr Dr. Liebknecht nach Lindenaus Tode an die große Glocke gehängt hat. Herr v. Lindenan hing in Berlin bei fast allen Bucherern, seine Akzente wurden in den Schieber-Cafés der Friedrichstraße blanco gehandelt. Schon als er noch in Erfurt war, wies ihn die Agenten darauf hin, daß aus Geldgeschäften mit diesem Manne noch Vorteile anderer Art hervorzöhen, und in der Tat hat sich mancher Titel- und Ordenshungerige gefunden, der seinem Ehrgeiz eine paar Braune zum Opfer brachte. Es ist auch ein offenes Geheimnis, daß Herr v. Lindenan, dessen militärische Fähigkeiten von keiner Seite bestritten werden, dessen militärische Qualitäten aber sicher niemand mehr gekostet hat als der Monarch, wiederholt Unterhaltungen aus der kaiserlichen Privatschatulle erhalten hat. Das Loch seiner Schulden aber war zu groß, es ließ sich nicht mehr verschlopfen. Und die Wucherzinsen fraßen ihn auf. Ob es nötig war, die Affäre Lindenan in ihrem ganzen Umfange nach seinem Tode im Reichstag aufzurollen, ist eine Frage für sich, die wohl viele anders beantworten werden, als es Herr Liebknecht getan hat. Daß aber leider der Sachverhalt wie ihn Liebknecht geschildert hat, den Tatsachen entspricht, kann schlechterdings nicht geleugnet werden.“

Der preussische Kultusminister über den Titelschacher der Lindenan und Dr. Ludwig.

Im preussischen Abgeordnetenhaus äußerte sich am Sonnabend der Kultusminister über den versuchten Kauf des Professorentitels, der durch die Enthüllungen unseres Genossen Liebknecht in die Parteipresse gekommen ist. Er erklärte, daß er die beiden Blätter des „Vorwärts“ in denen die Briefe enthalten sind, der Staatsanwaltschaft übergeben habe, die das Weitere veranlassen wird, man müsse den Erfolg abwarten. In Preußen sei der Professorentitel nicht käuflich, in welcher Form es auch sein mag. Gegenüber den gravierenden Anschuldigungen des „Vorwärts“ seien eingehende Ermittlungen angestellt worden. Diese hätten ergeben, daß der verstorbene General v. Lindenan sich niemals im Ministerium um die Erlangung des Professorentitels oder einer anderen Auszeichnung bemüht hat, weder schriftlich noch mündlich. Allerdings konnte festgestellt werden, daß vor zwei oder drei Jahren der General v. Lindenan einmal im Ministerium gewesen ist, um sich bei dem Referenten über die Verleihung des Professorentitels an einen praktischen Arzt zu erkundigen. Der Referent war aber nicht anwesend, infolgedessen ist es zu keiner Unterredung mit ihm gekommen. Der praktische Arzt, um den es sich handelte, habe den Titel bis heute noch nicht erhalten. — Was den zweiten Fall anbetrifft, den der „Vorwärts“ veröffentlicht hat, so handelt es sich um einen Dr. Ludwig. Dieser Dr. Ludwig sei im Ministerium nur dadurch bekannt, daß er ein oder mehrere Male von ihm verjagte Schrißten dem Ministerium überreicht und darauf den üblichen Dank bekommen habe. Er habe aber niemals, weder schriftlich noch mündlich versucht, die Erlangung des Professorentitels oder einer anderen Auszeichnung für irgend jemand zu erwirken.

Diese Erklärung des Ministers war zweifellos bestellte Arbeit. Der Eindruck, den sie in der Öffentlichkeit hervorzurufen bestimmt war, wäre aber verwischt worden, wenn Liebknecht zu Worte gekommen wäre. Aus diesem Grunde nahm die Mehrheit unmittelbar bevor Liebknecht sprechen wollte einen Schlußantrag an. Es war unserem Genossen nur noch möglich, in einer Bemerkung zur Geschäftsordnung dieses Verhalten gebührend zu kennzeichnen.

Somit ist aus der Debatte nur eine Rede des Gen. Adolf Hoffmann hervorzuheben, worin er die Notwendigkeit einer endlichen Trennung von Kirche und Schule betonte. Der Etat wurde hierauf im ganzen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Außerdem erledigte das Haus noch eine Reihe unbedeutender Vorlagen. — Am Montag steht die Besoldungsordnung auf der Tagesordnung.

Der empfindliche Kriegsminister.

Auf Antrag des preussischen Kriegsministers von Falkenhayn ist gegen den Berliner Schriftsteller Ulrich Kauscher und gegen den Herausgeber der Münchener Zeitschrift „März“, Dr. Theodor Henß, Anklage wegen Verleumdung erhoben worden, die in einem Artikel Kauschers, „Kasernierung der Jugend“ enthalten sein soll. In dem Artikel wird das Bestreben kritisiert, die Jugend militärisch zu organisieren. Dabei wurde auch die Person des Kriegsministers erwähnt. Am Sonnabend wurde nun in Kauschers Wohnung eine Hausdurchsuchung abgehalten, bei der von drei Kriminalbeamten einige Exemplare des „März“ und Briefe des Dr. Henß beschlagnahmt wurden. Der Prozeß wird interessant werden.

Zur Reichstagsersatzwahl in Koburg

wird gemeldet, daß die Ernennung des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Dr. Quack zum Staatsrat und Chef der Koburger Ministerialabteilung nummehr vollzogen worden und damit eine Ersatzwahl notwendig geworden ist. Zum Landrat des Herzogtums Koburg ist Regierungsrat v. Strenge, zum Nachfolger desselben im Ministerium Landratsamtsassessor Loh in Gotha ernannt worden.

Die Künstlichkeit des Professorentitels.

Der Geschäftsauschuß des Berliner ärztlichen Standesvereins beschloß, sich an das Ehrengericht der Berlin-Brandenburger Ärztekammer zu wenden, damit dieses den öffentlichen Behauptungen über die Künstlichkeit des Professorentitels nachgehe.

Salvarian-„Korruption“?

Im Berliner „Kleinen Journal“ behauptet ein Herr Heinrich Müller, daß ein Salvarian-Syndikat bestünde, das die ganze medizinische Presse und eine Anzahl namhafter Gelehrte bereits korrumpiert habe. Müller schreibt:

„Fast die gesamte medizinische Fachpresse befindet sich in den Händen des Salvarian-Syndikats. Beiträge von Salvarian-Gegnern werden nicht veröffentlicht, wie das Beispiel des Polizeiarztes Dr. Dreum schlagend beweist. Die „Münchener Medizinische Wochenschrift“ lehnte einen Aufsatz des Dr. Dreum mit der Begründung ab: „Er würde Ehrlich mit seiner Kritik nicht gerecht. Ehrlich könne etwas mehr Rücksicht beanspruchen.“ Aus diesem Grunde müsse der Artikel abgelehnt werden.“ Andere medizinische Fachblätter haben es sogar abgelehnt, preßgesetzliche Berichtigungen aufzunehmen. Dem Verfasser des vorliegenden Aufsatzes haben medizinische Fachblätter kritische Beiträge zurückgeschickt, mit dem Bemerkten, sie würden sich geschäftlich schädigen, wenn sie die Arbeiten veröffentlichen. Schließlich ist das Salvarian-Syndikat dazu übergegangen, seine Gegner persönlich zu verunglimpfen. Den Polizeiarzt Dr. Dreum wurde der Titel Polizeiarzt abgeprochen, den ihm das Berliner Polizeipräsidium in Verbindung mit dem Ministerium zuerkannt hat. Die Verbreitung dieser unwahren Meldung besorgte letzterer Weise das halbamtliche Wolffsche Telegraphenbureau, das am nächsten Tage eine preßgesetzliche Berichtigung bringen mußte.“

Der Artikel zählt die Namen einer Anzahl bekannter Professoren auf mit der Behauptung, daß sie dem Salvarian-Syndikat angehörten. Die Genannten werden ebenso wenig umhin können, zu den Anklagen Stellung zu nehmen wie die medizinischen Fachzeitschriften, denen hier eine Unterdrückung der Meinungsfreiheit zugunsten des angeblichen Salvarian-Syndikats vorgeworfen wird.

Dänemark.

Verfassung und Wahlgesetz. Die Linke, die radikale Linke und die Sozialdemokraten, die die Mehrheit in beiden Kammern bilden, einigten sich in Verbindung mit der Verfassungsvorlage, über die bereits von ihnen eine Einigung erzielt wurde, über die Wahlgesetzvorlage. Die Verfassungsvorlage wird wahrscheinlich binnen kurzem vom Reichstag angenommen werden.

Schweden.

Der Rüstungskoller. Dem Reichstag ging eine Regierungsvorlage zu, betreffend die Reform der Landesverteidigung. Danach umfaßt die Wehrpflicht die Zeit vom 20. bis 42. Lebensjahr, während sie nach dem gegenwärtigen Gesetz vom 21. bis zum 40. Jahre besteht. Die Abzugszeit der Infanterie ist auf 340 Tage festgelegt. Die Kriegsbereitschaft wird verstärkt, Reserveabteilungen werden in großer Ausdehnung organisiert. Die Flotte wird aus acht Panzerjagern vom Typ des Panzerjagers „Sverige“ und sechzehn Torpedobootzerstörern bestehen. In Heringsand wird ein Stützpunkt für die Küstenverteidigung des nördlichen Schwedens errichtet werden. Die Gesamtausgaben werden auf 63 Millionen Kronen für die Verteidigung zu Lande und 30 Millionen für die Verteidigung zur See geschätzt. In diesem Jahre sollen 55 Millionen bzw. 80 Millionen gefordert werden. Es ist eine einmalige Wehrsteuer auf große Vermögen geplant, die circa 75 Millionen Mark einbringen soll.

Rußland.

Die „gereinigte“ Duma. Nachdem die sogenannte „Volksvertretung“ Russlands sich selbst entmannt und mit der Aufhebung der Immunität faktisch einverstanden erklärt hat, beweist sie Konsequenz in der Gewilligkeit gegen die Regierung. In der Abend Sitzung vom Donnerstag erschienen zum ersten Male wieder die 21 Deputierten (Sozialdemokraten und Arbeiterpartei), die ausgeschlossen waren. Der Arbeiterführer Kerenstschuk, der namens der Ausgeschlossenen sprach, griff heftig die Haltung der Regierung und der Majorität gegenüber der nationalen Vertretung an und erläuterte die Gründe der Obstruktion. Der Redner wurde vielfach durch erregte Zwischenrufe der Rechten und des Zentrums unterbrochen und mehrfach zur Ordnung gerufen. Schließlich wurde ihm das Wort entzogen. Fünf andere Deputierte der äußersten Linken versuchten umsonst, die Erklärung der Sozialisten und der Arbeiterpartei fortzusetzen. Ihnen wurde vom Präsidenten sofort das Wort entzogen. Die Veröffentlichung des stenographischen Berichts über die Erklärungen der äußersten Linken wurde vom Präsidenten unterjagt.

Nachdem so die Duma „stuhentrein“ geworden, konnte sie ungehindert der Arbeit des Bewilligens obliegen. Sie nahm zunächst den Etat des Finanzministeriums an. Darauf brachte der Marineminister eine geheime Gesetzesvorlage, betreffend die Gewährung eines Kredits von 100 Millionen Rubel zur Verstärkung der Flotte des Schwarzen Meeres, ein. Natürlich wird auch diese Forderung bewilligt.

Amerika.

Ein schöder Akt der mexikanischen Regierung. Nach der Einnahme von Tepic durch die Regierungstruppen sind über 200 Kriegsgefangene erschossen worden. Deutsches Leben und Eigentum ist bisher in Tepic unverletzt.

Ein ängstlicher Fürst.

In Albanien wird es von Tag zu Tag ungemütlicher. Die Aufständischen gingen am Sonnabend zum Sturm auf die Hauptstadt Durazzo über. Es kam zu einem heftigen Kampf zwischen den internationalen Truppen und den Aufständischen, bei dem große Verluste zu verzeichnen waren. Bevor die Kanonen donnerten, wurde dem Fürsten der Boden „feiner“ Hauptstadt zu heiß unter den Füßen; er begab sich mit seiner Frau und dem Gefolge auf das italienische Kriegsschiff „Misureta“. Hier fühlte er sich sicher. Diese Flucht aus „seinem“ Lande aber war der internationalen Kontrollkommission ein Strich durch die Rechnung; was sollten die Untertanen von einem Herrscher halten, der so schnelligst Reißaus nahm. Deshalb begaben sich die Mitglieder der internationalen Kontrollkommission zu den Aufständischen, um mit ihnen zu verhandeln. Eine Deputation der letzteren erschien in Durazzo und stellte das Verlangen, mit „ihrem“ Fürsten zu sprechen. Daraufhin hat sich Wilhelm, in Begleitung seines Generalstabs und eines italienischen Admirals, abends wieder an Land begeben. Er hat schriftlich erklärt, daß der Deputation der Aufständischen freies Geleit zugesichert und die Rückkehr der gefangenen Aufständischen gestattet werde. Vorläufig ist nun also die Komödie in Durazzo selbst zu Ende. Im Innern des Landes aber steigt die Erregung. Es bilden sich bewaffnete Banden, die nach Durazzo abgehen. Jedenfalls steht der Abtritt den Augenblick herbei, wo er letzten Herzens singen kann: „Als ich noch Fürst war von Albanien usw.“

Das albanische Ministerium hat seine Demission eingereicht. Es hat keine Lust mehr.

Die Albanische Korrespondenz meldet aus Durazzo: Dreihundert Aufständische pflanzten in der 20 Kilometer nördlich von Durazzo liegenden Stadt Kawaja die türkische Fahne auf.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 23. Mai.

Die Tagesgelber vom 1. Mai abführen. Der Parteitag 1913 von Jena nahm den Antrag 58 des Parteivorstandes an, nach dem von den in Bureau und Redaktionen der Partei und Gewerkschaften angestellten Genossinnen und Genossen erwartet wird, im Hinblick auf die Opfer, die die Arbeiter bringen, ihren Tagesverdienst abzuführen. Die Generalversammlung der Lübecker Parteiorganisation hat diesen Beschluß dahin erweitert, daß auch von den in den Bureaus der Genossenschaften sowie anderen Rassen angestellten Parteimitgliedern erwartet wird, den Tagesverdienst des 1. Mai abzuliefern. Die in Frage kommenden Genossen werden hierdurch ersucht, bis Sonnabend, dem 30. d. M., mit tags 1 Uhr, den Parteitags- resp. Organisationsbeschluß nachzukommen und im Parteisekretariat zu entrichten, weil in der Juni-Parteiversammlung Abrechnung darüber zu legen ist.

Ein schwerer Wirbelsturm brauste am Sonnabend nachmittag über unsere Gegend dahin. Der Straßenlauf wurde hoch in die Luft gehoben, die dadurch eine ganz eigentümliche graue Färbung erhielt. Erstere Unglücksfälle haben sich unseres Wissens hier erfreulicherweise nicht ereignet, wenn auch große Äste und Zweige von den Bäumen abgebrochen, Sträucher aus der Erde gerissen, Brettertafel umgerissen und Haugerüste beschädigt wurden. Unterhalb der Herrenbrücke sank ein Flußschiff im Fahrwasser der Trave; man ist heute mit seiner Hebung beschäftigt. Auch zwei Schuten sind in der Nähe von Schlutup, jedoch außerhalb des Fahrwassers, gesunken. Ein leichtes Gewitter und erfrischender Regen waren die Begleiterscheinungen des Naturereignisses, das in Kiel und Neumühlen bei Hamburg leider eine Anzahl von Menschenleben vernichtet hat. Die Hitze der letzten Tage hat jetzt einer recht kühlen Temperatur Platz gemacht.

Aufgehobene Straßensperrung. Die am 23. April ds. Js. angeordnete Sperrung der Liebenhoffstraße von der Lindenstraße bis zur Möltinger Allee ist wieder aufgehoben.

Verkauf lebender Bunt
vom Boot aus (4120)
am Dienstag, dem 26. Mai
vormittags von 8 Uhr ab an der
Holstenbrücke,
Drehbrücke,
Eutiner Brücke
und
Hüterforbrücke

Blüthig und unerwartet farb
Sonntag morgen unter lieber Sohn
und Bruder

WILLI
im zarten Alter von 9 Monaten.
Dies betrauert und schmerzhaft
betrübt von seinen Eltern und allen,
die ihm nahe standen. (4126)
H. Grube und Frau.

Nach längerem schweren
Leiden entschlief E. n. a. o. d.
früh 2 1/2 Uhr in 1. l. n. 48.
Lebensjahr: mein geliebter
Mann, meiner Kinder treu-
sorgender Vater, unser lieber
Schwager
Heinrich Jürgens.
In tiefster Trauer:
Mathilde Jürgens, geb.
Matthusen nebst Kinder und
allen, die ihm nahe standen.
Lübeck, Sedanstraße 16.
Beerdigung am Dienstag.
Beginn der Trauerfeier 4 Uhr
in der Kapelle des Vorwerfer
Friedhofes. (4119)

Sozialdemokratischer Verein.

Am Sonnabend verstarb der
Genosse
Heinrich Jürgens.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienst-
tag, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der
Kapelle des Vorwerfer Friedhofes
statt. Die Mitglieder sammeln sich
bis 3 1/2 Uhr im „Weissen Risch“
zu Krenpelstraße. (4142)
Der Vorstand.

**Verband der
Fabrikarbeiter Deutschl.**
Rechtsstelle Lübeck.

Nachruf.
Am Sonnabend, dem 23. Mai
starb unser Mitglied, der Kollege
Heinrich Jürgens.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienst-
tag, den 26. Mai, nachm. 4 1/2 Uhr,
von der Kapelle des Vorwerfer
Friedhofes aus statt.
Die Mitglieder sammeln sich zur
Teilnahme nachmittags 3 1/2 Uhr
beim „Weissen Risch“. (4141)

Geht ein Hausbuche,
der Herrn die Schule verlassen hat.
Wälscherei W. Krüger,
4048) Belandstraße 1c.

Malergehilfen
sollt sofort ein (4123)
Chr. Carstens, Sanjastr. 80.

3. 1. Juli eine H. Wohnung zu
verm. Lauerhofstraße 14. Vurator.
Geht zum 1. Juli eine Zwei-
Zimmer-Wohnung von ruh. Mieter.
Angebote unter H. S. 12 an die
Expedition dieses Blattes. (4149)

Ein Sitz- und Liegewagen
zu verkaufen. Preis 7 Mk.
(4137) Glandorfstraße 9. I.

Slapp-Sportwagen
mit Gummirollen, gut erhalten, billig
zu verk. Wardenhofstr. 35, I. rechts.

Ein Kinderbettstelle
mit Matrasse zu verkaufen.
Feierstraße 13a, Hinterhaus I.

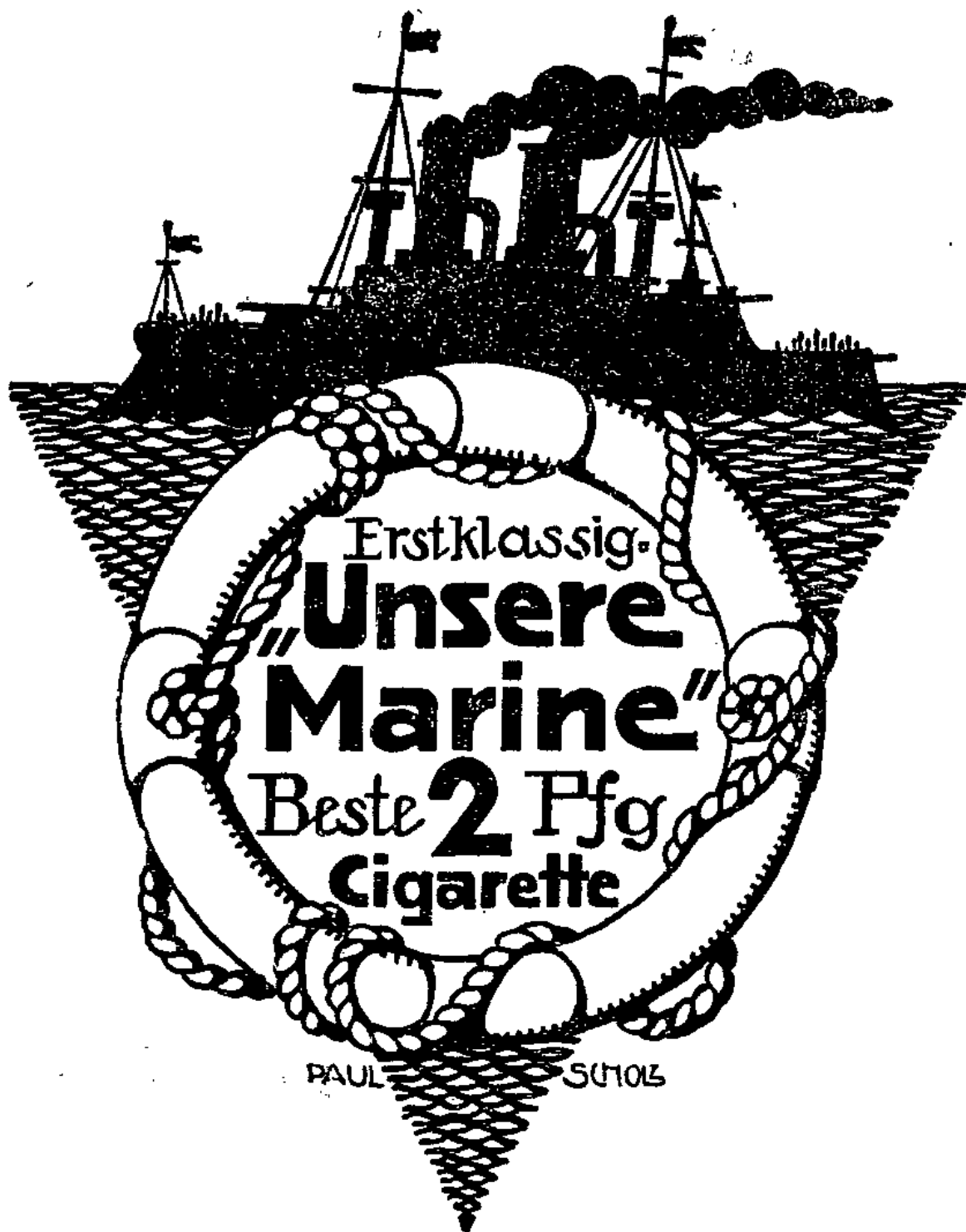
Eine Sense
billig zu verkaufen. (4133)
Percevalstraße 29. part.

Glade mit 10 Kühen und junge
blau Wiener Rindern zu verk.
(4155) Auswerstraße 29a.

5 junge Kaninchen
mit Fleisch und Stall zu
verkaufen. Steinroder Weg 21a. n.

Ein 1-jährig. Ziegenlamm
zu verk. (4125) Einriedelstr. 4.

Gebrauchtes Geschloß
zu verkaufen. (4150)
Prehn, Unterstraße 15.



Sie kaufen jetzt 4147
Gardinen, Tischdecken, Wäsche, Korsetts, Unterzeuge, Kragen usw.
weit unter Preis.

Das in der **Breiten Straße 21** ge-
Manufakturwaren-Geschäft gene-
gebe ich im Juni auf.

Um nun meine Ware möglichst zu verkaufen, habe selbige bedeutend
im Preise heruntersetzt, teilweise bis zur Hälfte und darunter.

Lübeck. Von 1-2 1/2 Uhr geschlossen. Herm. Kampff.

Meine Verlobung mit Herrn
Hans Klatt erkläre ich
meinerseits für aufgehoben.

4084 **Maria Rußland.**

Die Beleidigung, die ich gegen
Herrn W. Fran ausgesprochen habe
nehme ich hiermit zurück.
(4152) **E. Wilms.**

Seine Uhren-
Reparatur-Werkstatt,
Goldwaren-
Reparatur-Werkstatt
empfiehlt (4148)
WILLI Westfelling,
32 Holsten-
strasse 32

**Vereinigte
Butterhändler**
von Lübeck
und Umgeg.

Allerfeinste Meiereibutter
kostet Pfd. **1.30 Mk.** (4133)

**Sozialdemokratischer Verein
für Stockelsdorf u. Umgegend**

Monats-Versammlung
am Dienstag, den 26. Mai
abends 8 1/2 Uhr
im Lokale des Herrn Paetan
in Fackenburg.

Der wichtigen Tagesordnung hal-
ber, ist ein zahlreicher Besuch er-
wünscht.
(4120) **Der Vorstand.**

Avis
an meine werthe Kundschaft!

Grüße höfl. mir das reparaturbedürftige Schuhzeug möglichst
Anfang dieser Woche in meinen Werkstätten einzuliefern, daß prompte
Bedienung erfolgt. (4134)
Hochachtungsvoll **Carl Buchholz.**

**Schuhreparatur-Werkstätten
Lübeck**

Schwarzer Allee 4, Fünfhausen 7, Gr. Burgstraße 38.
Rathburg i. L.: Langenbrüderstraße 151.
Beste Verarbeitung von nur prima Kernleder.
Alleinvertrieb der grünen Dauerfohlen Marke „Goliath“.

Deutscher Holzarbeiterverband
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, dem 26. Mai 1914
abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52
Tages-Ordnung:

1. Bericht der Anstellungskommission und Beschlußfassung
über die Anstellungsbedingungen.
2. Sommervergütungen.
3. Verschiedenes.
4127 **Die Ortsverwaltung.**

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei des Lüb. Volksboten,
Johannisstraße 46.

Achtung Schneider!

Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, d. 26. Mai
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:

1. Bericht von der Lohnbewegung
in Schwartau.
2. Aufstellung eines Kandidaten
zum Verbandstag.
3. Bericht über die Verhandlung
mit dem Arbeitgeber-Verband.
4. Verschiedenes.
(4122) **Die Ortsverwaltung.**

Konsumverein
für Lübeck und Umgegend
e. G. m. b. H.

Bezirks-Versammlung
für die Mitglieder der Waren-
abgabestelle

Morkerkestraße
am Dienstag, dem 26. Mai
abends 8 1/2 Uhr
im Saale des Restaurants
„Wakenbelleue“.

Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht und Bericht des
Genossenschaftsrats.
2. Vortrag über die Volksfürsorge.
Referent: **J. Stelling.**
3. Genossenschaftliches.
Angeichts der Wichtigkeit der
Tagesordnung bitten wir um zahl-
reiches Erscheinen der Mitglieder
und deren Frauen.
(4009) **Der Vorstand.**

Mittsommerfest.

Alkoholfreies Volks- u. Jugendfest
am Sonntag, dem 28. Juni 1914
auf dem Flugplatz
an der Israelsdorfer Allee.

Anmeldungen zum Aufstellen von
Erfrischungszelten (nur alkoholfreie
Getränke dürfen verkauft werden),
Kaffeezelten, Obst- u. Kuchenbuden
u. a. m. nimmt vom 25. - 30. Mai er.
entgegen (4151)
**J. Kock, Fünfhausen 16, im Laden
von W. Stümer, Buchhandlung.**

Stadthallen-Sommertheater.

Montag, den 25. Mai 1914
abends 8 1/4 Uhr:

Zum 5. Male:
Die reizende Operettenposse
Wenn der Frühling kommt.

Von Jean Gilbert. (4131)
Dienstag, den 26. Mai 1914
Anfang 8 1/4 Uhr:

Novität! Novität!
Eine unmögliche Frau.

Schauspiel von Lenz.
Mittwoch, den 27. Mai 1914
Anfang 8 1/4 Uhr:

Auftreten von Direktor Horwitz.
Der Rastelbinder.

Operette von Lehár.

Vorverkauf zu allen Vorstellungen:
Zigarrenhandlung **Otto Borchert.**
Musikalienhandlg. **F. W. Kalbel.**
Rudolph Karstadt.
Dutzendkarten haben zu allen Vor-
stellungen Gültigkeit.

Sommertheater
in Fritz Rittschers Hansatheater.

Dir. Ernst Albert.
Dienstag, den 26. Mai:

Die erfolgreiche Lustspielnovität:
Majolika.

Mittwoch, den 27. Mai.
Der Sonntag mit stürmischen
Wetterverhältnissen gegebene Ope-
rettenabende:

Fräulein Trallala.

Vorverkauf bei Fr. Nagel u. Fr.
Sager. Dasselbst auch Dutzendkarten,
gültig zu allen Vorstellungen.
Anfang stets 8 1/4 Uhr. (4140)

Politische Rundschau.

Deutschland.

Bund der Industriellen und Zolltarif.

Die deutsche Fertig-Industrie hat sich eine Organisation in dem Bund der Industriellen geschaffen, der in scharfem Gegensatz zu dem Zentralverband deutscher Industrieller steht. Dieser Bund hat kürzlich in Erfurt zu den künftigen Handelsverträgen Stellung genommen und dabei folgende Leitsätze aufgestellt:

„1. Jegende welche Minimal- und Maximalzollsätze sind weder für landwirtschaftliche noch für industrielle Erzeugnisse neu einzuführen. Schon die bisherigen Mindestvertragszölle bedeuten eine einseitige Bevorzugung der Landwirtschaft und erschweren wesentlich die Erlangung von ausländischen Zugeständnissen zugunsten der Industrie.“

2. Eine Erhöhung der heute geltenden Zollsätze für Getreide und Lebensmittel ist ebenso abzulehnen, wie die Einführung neuer Zollsätze auf bisher zollfreie Lebensmittel und Genussmittel. Wenn für die Erlangung günstiger Handelsverträge oder für die Abänderung von Zollmaßnahmen des Auslandes entschwerter Kompensationen sich erforderlich machen, so muß gleichmäßige Behandlung für Landwirtschaft und Industrie eintreten.“

Gleichzeitig ist an die im Zentralverband organisierte Schwer-Industrie das Ersuchen gerichtet worden, sich mit diesen Leitsätzen einverstanden zu erklären, um gemeinsam gegen die zoll- und handelspolitischen Ansprüche des Bundes der Landwirte Front machen zu können. Der Bund der Industriellen scheint bei seiner Beschlusfassung ganz übersehen zu haben, daß der Zentralverband deutscher Industrieller gemeinsam mit dem Bund der Landwirte das berüchtigte Kartell der schaffenden Arbeit gegründet hat, das direkt auf Zollerhöhungen hinarbeitet. Wie die Masse des Volkes den Agrariern als Konsumenten gegenübersteht, so auch die deutsche Fertigindustrie der Schwerindustrie als Verbraucher. Die Fertigindustrie ist dadurch schwer benachteiligt, daß Kohle und Eisen an das Ausland verschleudert werden, um die Preise im Inland hochschrauben zu können. Der Bund der Industriellen hat sich also mit seinem Appell an die falsche Adresse gewandt und die Scharfmacher im Zentralverband werden mit einer ablehnenden Antwort nicht lange zögern. Der Vorgang läßt aber bereits jetzt erkennen, welche schweren Kämpfe die kommende Beratung neuer Handelsverträge auslösen wird.

Der Schrei nach dem Staatsanwalt.

Dem erhebenden Beispiel der „Deutschen Tageszeitung“ folgend, schreibt nun auch die „Kreuzzeitung“ nach dem Staatsanwalt, damit er gegen die Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Anklage wegen Majestätsbeleidigung erheben soll. Es genügt, diese Denunziationsucht einfach tiefer zu hängen. Die „Deutsche Tageszeitung“ kann sich übrigens noch immer nicht beruhigen, sie wünscht jetzt, daß das Verhalten der Sozialdemokraten wenigstens zum Ausgangspunkt von Bestrebungen werden möge, die auf eine Einigung der bürgerlichen Parteien hinführen.

Ostmarkenzulagen auf Umwegen.

Der konservative Landtagsabgeordnete Schaub macht in der „Schlesischen Zeitung“ den Vorschlag, in den preußischen Etat 1.200.000 Mark einzustellen, welche Summe dazu verwendet werden soll, den in den Ost-

marken tätigen mittleren und unteren Beamten des Reiches Zuschüsse zu gewähren. Diese Zuschüsse sind als Ersatz der vom Reichstag abgelehnten Ostmarkenzulagen gedacht. Der Vorschlag wird damit begründet, daß die Beamten der Reichspost in den preußischen Landesteilen im Namen des Königs von Preußen angestellt werden, woraus dann gefolgert wird, daß Preußen berechtigt sei, solche Zuschüsse zu bezahlen. — Wenn die preußische Regierung auf diesen Vorschlag eingehen sollte, dann wäre damit erwiesen, was die Regierung im Reichstag stets bestritten hat, daß die Ostmarkenzulagen politischer Natur sind.

Offizieller Rechtfertigungsversuch.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bringt eine lange offiziöse Rundgebung, in der versucht wird, die Schuld am Scheitern der Befolgungsnovelle dem Reichstag in die Schuhe zu schieben. Nach einer etwas schiefen Darstellung des Verlaufes der Verhandlungen sagt das Regierungsblatt:

„Wenn trotzdem der Reichstag auf seinen weitergehenden Wünschen bestand, obwohl er damit bewußt das Scheitern der Vorlage herbeiführte, so muß ihn die volle Verantwortung dafür treffen. Die Haltung des Reichstages ist um so weniger verständlich, als über die Vorschläge der verbündeten Regierungen und die Notwendigkeit einer Gehaltsaufbesserung für die in der Vorlage bedachten Beamten eine Meinungsverschiedenheit nicht bestand.“

Man muß der Regierung diesen Vorwurf zurückgeben — ihre Haltung war absolut unverständlich. Wenn sie die erste Absicht hatte, den gehobenen Unterbeamten im Jahre 1916 eine Aufbesserung zu geben, dann lag wirklich kein vernünftiger Grund vor, diese Zulage jetzt zu verweigern und damit die ganze Novelle zum Scheitern zu bringen. Die offiziöse Rundgebung bestätigt, daß die Regierung entschlossen war, den Reichstag aufzulösen, falls der sozialdemokratische Antrag, die Mittel für die Aufbesserung der Post-Unterbeamten sofort in den Etat einzustellen, eine Mehrheit gefunden hätte. Der Artikel schließt:

„Es war daher von vornherein klar, daß der Weg, den der sozialdemokratische Antrag beschreiten wollte, nicht zum Ziele führen konnte. Dieser Antrag ändert daher nichts an der Verantwortung für das bedauerliche Ergebnis, daß infolge eines Beschlusses des Reichstages auch dort, wo die Gehaltserhöhung spruchreif war und sofort eintreten konnte, einer großen Zahl von Beamten die von der Regierung vorgeschlagene Befolgungsaufbesserung vorenthalten bleiben muß.“

Wenn der Regierung das Wohl der Unterbeamten so sehr am Herzen gelegen hätte, dann müßte sie dem sozialdemokratischen Antrag zustimmen, der die einzige Möglichkeit bot, den Postbeamten die ersehnte Aufbesserung zu geben. Statt dessen wollte man lieber den Reichstag auflösen. Das sieht den doch nicht gerade nach einem besonderen Wohlwollen für die Beamten aus und deshalb ist es eine vergebliche Mühe, wenn die Regierung versucht, die Schuld von sich abzuwälzen.

Die christlichen Gewerkschaften als politische Vereine.

Eine in der Zentrumsprelle kürzlich erschienene Korrespondenz der christlichen Gewerkschaften wehrte sich gegen die Behauptung, daß die christlichen Gewerkschaften ebenso wie die freien Gewerkschaften als politische Vereine erklärt werden müßten, da auch sie sich mit politischen Angelegenheiten befassen: Die christlichen Gewerkschaften beschäftigen sich nur

mit sozialpolitischen Dingen; sollten die Gewerkschaften aus diesem Grunde zu politischen Vereinen gestempelt werden, so würde die christlich-nationale Arbeiterbewegung geschlossenen Widerstand entgegensetzen.

Die Abwehrstellung, in die die freien Gewerkschaften bei der letzten Polizeiverfolgung gedrängt wurden, und die offene und verdeckte Schadenfreude, die die Christlichen darüber bekunden, treiben uns dazu, diese Behauptungen der christlichen Gewerkschaften doch einmal etwas näher auf ihre Tatsächlichkeit zu prüfen. Unseren Gewerkschaften ist übrigens schon die Beschäftigung mit sozialpolitischen Dingen als politische Tätigkeit angerechnet worden.

Alles das aber, was den freien Gewerkschaften in dieser Beziehung schon als Merkmal ihres politischen Charakters angedreht worden ist, besitzen die christlichen Verbände in noch schärferer Ausprägung. Sie machen Eingaben an den Reichstag und an die Landtage, stellen Anträge zu Gelegenheitswahlen und nehmen in Petitionen zu sozial- und berufsrechtlichen Fragen Stellung. Das geschah bisher auf fast allen christlichen Gewerkschaftskongressen und Generalversammlungen.

Als Beweis des politischen Charakters der freien Gewerkschaften gelten unserer Polizei und Justiz deren internationale Vereinbarungen und Konferenzen. Auch darin machen die christlichen Gewerkschaften keine Ausnahme. Im Jahre 1908 war eine internationale Konferenz christlicher Gewerkschaftsführer in Zürich. Giesberts hielt dort einen Vortrag über „Die Notwendigkeit, mit den Arbeitskollegen der anderen Nationen Fühlung zu nehmen, nicht bloß, um bestimmte konkrete Fragen zu regeln, wie den Verkehr in den Grenzgebieten, die Auswanderung, gegenseitige Unterstützung bei Lohntämpfen, sondern noch mehr, um von einander zu lernen.“ Seither finden diese internationalen Konferenzen regelmäßig statt. Seit dem 1. Januar 1909 haben sie ein besonderes internationales Sekretariat errichtet mit Sitz in Köln an der Spitze.

Nun bestreiten die christlichen Gewerkschaften ihren politischen Charakter mit dem Einwand, sie hätten mit „Politik“ im engeren Sinne gar nichts zu tun. Nur das Eintreten für bestimmte politische Parteien konstruiere eine politische Betätigung. Wenn das zutrifft, dann beteiligen sich aber die christlichen Gewerkschaften sehr stark am politischen Leben. Die Partei, für die es geschieht, ist das Zentrum. Das zu leugnen, ist bei den zahlreichen vorliegenden Beweisen völlig zwecklos. Die Christlichen werden einfach von der Zentrumsparterie für sich reklamiert und fügen sich dem. Einige Beispiele:

Die „Trierische Landeszeitung“ berichtete in ihrer Nummer vom 18. Oktober 1910 aus den Verhandlungen des Zentrums-Parteitages für den Regierungsbezirk Trier:

„Justizrat Trimborn erklärte vorweg, daß die Liberalen nicht auf ihre Rechnung kommen würden, wenn sie glaubten, die Anhänger der beiden gewerkschaftlichen Richtungen streifen, auseinander und führen einen Kampf herbei. Das Zentrum sei nicht der Boden, auf welchem die Gewerkschaftsfrage gelöst werden könnte. Wir müßten stets festhalten, daß beide Richtungen (Kölner und Berliner) dem Zentrum dienen wollten. Daher gehe uns der Streit in dieser Versammlung nichts an.“

In Godesberg a. Rh. hat am 29. April 1911 Dr. Spahn eine große politische Rede gehalten. Nach der „Germania“ Nr. 147 hat der Zentrumsführer u. a. ausgeführt:

„Ich bin nicht pessimistisch, aber soll der Ausgang der Wahlen unseren Wünschen und Bedürfnissen entsprechen, dann muß in allen Wahlkreisen alles auf die Schanzen. Unsere Vereine voran: Volksvereine und christliche Gewerkschaften und Arbeitervereine durch die Aufklärung in der Sozialpolitik, unsere Wahlvereine und unser Wahlhelferband in der Agitation, auch in der Wahlrede, neben den Vereinen in alltäglichem Ansporn unsere Presse.“

Das „Düsseldorfer Tageblatt“, eine Zentrumszeitung, wurde von freigeorganierten Arbeitern aus Hilden wegen Beleidigung verklagt. Das Amtsgericht wies die Privatklage zurück, ebenso wurde die Berufung dagegen vom Landgericht Düsseldorf am 17. Juni 1913 verworfen. Und zwar wegen Zuhilfenahme des § 193 für den Zentrumsredakteur. Erstlich wird die Unbefangenheit, mit der die Düsseldorfer

Fürstin Paulin.

Roman aus der Zeit der Selbstenshaft von Graf E. A. Salias.

Autorisierte Uebersetzung von Dr. Heinrich Ruhe.

(Schluß.)

Nachdruck verboten.

In derselben Nacht wimmerte in der benachbarten Kreis im Hause des Gutsbesizers Subatschow, der sein ganzes Vermögen durch die Kette gelegt hatte, in einer Wiege ein kleines Kind. Die Amme, ein schönes und gesundes Weib, ließ jedoch den Knaben geraume Zeit hindurch schreien. Endlich stand sie unwillig auf und legte das Kind an die Brust, indem sie sagte:

„Da trinke, Du nichtswürdiger Balg! Da hast Du... nimm... Du heißhungriger Bengel! Möchten Dich doch die Wölfe auffressen!“

Während der nächtlichen Nacht ging in der Kirche zu Beresopolle etwas Unerhörtes, etwas Unglaubliches vor sich. Das Gitter des Fensters war zerbrochen, die Fensterscheiben zertrümmert und ungehindert drangen Wind und Schnee in das Innere des Gotteshauses. Neben dem Altar hingen in einer Ecke die priesterlichen Ornate; auch stand dort eine große Kiste mit Eisenbeschlag. Vor dieser Kiste kauerte eine kleine Gestalt und atzte und stöhnte, während sie den Deckel mit Hilfe einer Art hochzuheben versuchte. Es war ein Kirchendiener, welcher die Dunkelheit der Nacht benutzte, um den Kirchenschatz zu stehlen. Nachdem er sich beinahe eine halbe Stunde gequält hatte, gelang es ihm endlich, den Deckel hochzuheben, und eiligt raffte er alles zusammen, was er an Geld vorfand — es waren über tausend Rubel. Hierauf ging er in die Mitte der Kirche, bekrugte sich andächtig und verneigte sich bis zur Erde. Als er hier lange gebetet und die Heiligenbilder geküßt hatte, stieg er wieder, wenn auch nicht ohne Mühe, durch das zertrümmerte Fenster ins Freie hinaus. Der Nebel war... Trubitzko.

In derselben dunklen und stürmischen Nacht verabschiedeten sich Laufende Werk von Beresopolle in der großen Hauptstadt am Quai der Nema in einem hell erleuchteten, vornehmen Hause zahlreiche Gäste von ihrem freundlichen Gastgeber. Es ist also bestimmt, daß ein Kurier hinfahren wird, um den Spanier zu holen.“

„Natürlich, einmal ist es sicherer, und zweitens geht es schneller“, entgegnete der Gefragte — es war Schumalow. Außerdem muß man dem Gouverneur eine feste Ordre schicken, sonst kann er die Sache noch auf die lange Bank hinausschieben, und wir ziehen uns den Zorn des Thronfolgers zu.“

„Gut, wir wollen schon alles besorgen...“ Streng und deutlich soll der Befehl lauten... Sofort aufstehen.

„Er braucht gar nicht zu suchen; denn das Gut Beresopolle ist im ganzen Gouvernement Rasan bekannt. Wenn er nur so klug wäre und einen geschickten, energischen Beamten dorthin schickte...“

Die Gäste empfanden sich, und der Wirt ging lächelnd in sein Schlafzimmer; der gebildete Mann seiner Zeit freute sich, daß sein Plan, sein lang gehegter Wunsch in Erfüllung gegangen war.

„Ich habe ihn entdeckt“, sagte er. „Er ist gewissermaßen mein Patentkind...“ Sofort habe ich seinen eigentlichen Wert erkannt... ich habe ihn prophezeit, daß er durch seinen klinkenden Engel hoch steigen werde... Jetzt schreiben sie alle, aber wie angenehm ist das Bewußtsein, daß ich der erste war, welcher alles voraussah... daß ich zuerst den Diamant von Glas zu unterscheiden vermochte!“

Ungefähr vier Wochen nach dieser für Milowanows so verhängnisvollen Nacht waren vor dem Hauptportale der Kunstakademie in St. Petersburg zahlreiche Equipagen aufgeföhren. Eine fein gepuhte Menschenmenge füllte die Räume des Hauses und wogte in feierlicher Stimmung auf und nieder. Man erwartete den Thronfolger... Nicht gedrängt standen die Bewohner der Hauptstadt auf dem Quai; gegen zwölf Uhr Mittags sah man alle Mägen hochfliegen, und in der Ferne erblickte man einen Dreimaster mit einem Federbusch. „Der Thronfolger... Alexander... Pawlowitsch“, ging es durch die Menge.

Wenige Minuten später herrschte in den Sälen der Akademie tiefe, feierliche Stille. Der erhabene Alt, der über das Gesicht eines leibigen Ehepaares entschied, begann; ein Selbstgenier der Fürstin Beresopolsta sollte als Prämie für sein Kunstwerk den Titel eines Ritters und Bildhauers, den Rang eines Kollegienregistrators und infolge dieses Ranges das Welschdiplom erhalten.

Nach Schluß der Sitzung stellte der Präsident Sr. Kaiserlichen Hoheit einen schönen, jungen Mann vor.

in die Erde vergraben... Dir ist viel gegeben worden, aber man wird auch viel von Dir fordern.“

So sprach der Thronfolger mit seiner weichen, melodischen Stimme, während er Milowanow mit seinen wunderbaren, blauen Augen anschaute.

„Deine Frau ist eine Fürstin Beresopolsta?“

„Ja.“

„Jetzt bist Du ein Edelmann... Dein Engel hat Dich frei gemacht.“

„Ja“, flüsterte Milowanow nach; er wußte nicht wie er Sr. Kaiserlichen Hoheit und der illustren Gesellschaft gegenüber sich verhalten sollte.

Wenige Schritte hinter ihrem Gatten stand inmitten der anderen Damen... Pauline mit todbleichem, von Kummer und Gram entstelltem Antlitz; sie empfand alles tiefer, wie ihr Schumalow bereits einmal gesagt hatte.

Und ihr Beschützer, Helfer und Wohltäter konnte den Triumph seines Patentkinds nicht mitfeiern; denn er lag todfrank darnieder. Die richtige Beurteilung und Schätzung des fliegenden Engels war seine letzte gute Tat auf Erden.

„Ach, mein Lieber, mein Teurer... warum sind Sie zu spät gekommen?“ rief Luferia Jegorowna. „Wenn Sie zwei Stunden früher hier gewesen wären, so hätten Sie mit ihnen in die „Kadaemie“ gehen können.“

„Das wußte ich nicht, Gott sei mir gnädig! Hätte ich es gewußt, so würde ich die Kutische zu größerer Eile angetrieben haben. Aber sagen Sie mir, was geht denn dort vor?“

„Man will meinen Jegor bestochen... Und ich war früher so dumm, und ich habe ihn gescholten, weil er mir die Stube schmückig machte... Sie sagten mir aber immer, ich solle ihn aber ruhig in Ton patzen lassen... Und was ist er jetzt geworden...“

„Kaufpater“, oder wie das da heißt... Skulpteur oder Bildhauer. Werden Sie bald zurückkommen?“ fragte Trubitzko... dieser war der Gast.

„Sie müssen bald heimkehren; es ist schon lange her, daß Sie fortgefahren sind, und spätestens in einer Stunde werden Sie wieder hier sein. Inzwischen werde ich Ihnen Tee mit Petersburger Brekeln vorsetzen.“

„Schön, schön... Besten Dank!“ Und wie befindet sich mein Leibgenosse?“

„Gott sei Dank, er ist soeben eingeschlafen! Bis jetzt hat er immerfort geschrien... Es ist kein Spaß, wenn man drei Ammen haben muß... Davon kann man sterben...“

Nicht die enge Verbindung zwischen Zentrumspartei und christlicher Gewerkschaft feststellen. Es heißt in dem Beschlusse: „Der fragliche Artikel ist vom christlichen Metallarbeiterverband eingeleitet. Gemäß der Stellung der christlichen Gewerkschaften zur Zentrumspartei mußte der Beschlusse als Redakteur eines Zentrumsblattes dieser Zusage Aufnahme gewähren. . . . Gätten die christlichen Arbeiter nicht die Möglichkeit, ihre Interessen in den christlichen Gewerkschaften zu vertreten, so wären sie gezwungen, ihre Interessenvertretung den freien sozialdemokratischen Gewerkschaften anzuvertrauen und wären damit für die Zentrumspartei verloren. Der Beschlusse, als Redakteur eines Zentrumsblattes und als Anhänger der Zentrumspartei, handelte daher in Wahrnehmung berechtigter Interessen, als er diesen Artikel aufnahm.“

So scharf urteilen hat noch kein Gericht die Zusammengehörigkeit von sozialdemokratischer Partei und freien Gewerkschaften festgestellt, wie es hier dem Zentrum und den christlichen Gewerkschaften gegenüber geschieht.

Zimmerhin werden die Christlichen sagen — auch Richter können irren. In der Praxis sind die christlichen Gewerkschaften politisch völlig neutral. Die nachstehenden Tatsachen reden jedoch eine andere Sprache.

Im Dezember 1906, bald nach der letzten Reichstagsauflösung, tagte in Düsseldorf eine Konferenz christlicher Gewerkschaftsführer, die aus ganz Westdeutschland stark besucht war. Wie die „Königliche Volkszeitung“ meldete, „kam in die Versammlung zu dem einmütigen Ergebnis, daß bei dem diesjährigen Wahlkampfe alles aufgegeben werden müsse, damit auch im neuen Reichstage die Zentrumspartei mindestens wieder die seitherigen Plätze besetze.“

Als dies vom „Vorwärts“ festgenagelt wurde, erhielt er „aus christlichen Gewerkschaftskreisen“ in der „Königlichen Volkszeitung“ zur Antwort:

„Die christlichen Gewerkschaftsführer müßten ganz verschärft überlegen, wenn sie den politischen Kampf für sich aufgeben wollten. Werden doch erst durch die Reichsgesetzgebung die Vorbedingungen geschaffen, unter denen sich die Gewerkschaftsbewegung entwickeln kann.“

Das ist in sich ein ganz vernünftiger Standpunkt. Wie kommen aber diese christlichen Gewerkschaftsführer dazu, die freien Verbände wegen derselben Auffassung zu verläßern und sie zu denunczieren als politische Vereine?

In Königsberg hielt am 20. Dezember 1908 der christliche Gewerkschaftsverband eine Mitgliederversammlung ab, die sich ganz von der Förderung politischer Fragen ausgeht. In der Hauptfrage dreht es sich um die bevorstehende Gemeinderatswahl, bei der der Zentrumskandidat durchgefallen war. Gewerkschaftsleiter, die liberal gewählt hatten, wurden in der Versammlung gehörig abgeföhrt, worüber sich einer dieser „Liberalen“ in der „Hattinger Zeitung“ bitter beklagte.

Es ist übrigens schon öfter vorgekommen, daß Gewerkschaftsmitglieder aus der Reihe tanzten und zur Umwechslung statt des Zentrums die Nationalliberalen wählten. So in Saarbrücken bei der Reichstagswahl von 1907. Dort wurden die Mitglieder des christlichen Gewerkschaftsvereins von ihrem Ortsvorstand zum Besuche der nationalliberalen Parteiversammlung am 5. Februar in den Saalbau in Saarbrücken bestellt und ihnen Jahr- und Jahrgeld erstattet, damit nur der Oberstadtschreiber Holz in der Reichstagswahl kam. In den zentrumsfeindlichen Gewerkschaftskreisen machte die Sache viel böses Blut und konnte nur mit Mühe wieder eingedämmt werden.

Mit welcher Selbstverständlichkeit die Ortsvereine der christlichen Gewerkschaften als Wahlvereine fungieren, ist recht deutlich zu erkennen, an der Tätigkeit der Zahlstelle Bortrop des christlichen Gewerkschaftsvereins der Bergarbeiter. In einer Konferenz stellte sie 1907 zwei Zentrumskandidaten für die Gemeinderatswahl auf. Um die evangelischen Bergarbeiter zur Stimmabgabe für die Zentrumsleute zu bewegen, wurde ihnen versprochen, daß 1909 ein evangelischer Bergmann als Zentrumskandidat aufgestellt werden sollte.

Das geschah. 1909 nahm eine Junktionsanordnung des christlichen Gewerkschaftsvereins wiederum die Aufstellung der Kandidaten vor und erforderte dazu einen evangelischen Bergarbeiter, der auch gewählt wurde. Vorher war er auf dem Rechtsabteilungsbureau des christlichen Gewerkschaftsvereins gehörig bearbeitet und auf das „Kommunalsprogramm des Zentrums“ verpflichtet worden. Der evangelische Zentrumsmann konnte nicht lange seines Amtes walten. Er wurde von einem katholischen Zentrumsmann — seinem Betriebsführer — gefündigt und mußte die Gemeinde verlassen!

Im Jahre 1911 riskierte es der christliche Gewerkschaftler und Knappschäftsleiter W., ein Protestant, als Vertreter des „Bürgervereins“ bei der Gemeinderatswahl in Bortrop zu kandidieren. Dafür wurde er in der Konferenz des christlichen Gewerkschaftsvereins, die kurze Zeit darauf in Kirchellen tagte, heftig angegriffen. Besonders der Gewerkschaftsbeamte B. machte ihm Vorwürfe darüber, daß er sich mit seiner Kandidatur gegen das Zentrum erkläre. Seine Berufung auf

„Es ist am besten, man denkt nicht daran. . . Wir haben ja alle Dinge erlebt, welche kein Mensch glauben möchte. . . und am meisten habe ich gelitten.“

„Sie . . . in welcher Weise denn? Ich glaubte, es wäre meinem Jeger und der Pauline wohl am liebsten ergangen.“

„Sie aber . . .“

„Ich . . . ich war ein Kirchendiener. . . Ich habe ein Gotteshaus besessen.“

„Ah, Herr Jesus!“ rief die Pauline. „Aber wozu denn?“

„Mir welchem Gehe habe ich denn Ihren Entel von dem Trankensold Substanz losgerkauft? Der Mensch hatte alles erlitten und forderie inselnd Nabel, während heute der höchste Preis für ein solches Mädchen oder für einen bereits arbeitsfähigen Jungen sich auf fünfzehn Rubel stellt. Niemand wollte mit mir hängen, auf den Rücken habe ich vor den Leuten gelegen und sie gebeten, mir auf ein Jahr das Geld vorzuschießen, allein keine Seele verlor sich dazu, und deshalb war ich gezwungen, die Kirche zu verlassen.“

„Welche Kirche denn? In welcher Stadt?“

„Keine Kirche, die Kirche in Berespol. . . Ich habe taubend Nabel gestohlen. Gott sei mir gnädig, sie waren auch mein Eigentum, ich habe dieselben früher geopfert. . . Und dann in Ihr Entel am Leben gelassen.“

„Werden Sie für den Diebstahl keine Strafe bekommen?“

„Die geübte Summe in ichen langst erlegt. . . Und die neuen Verträge von Berespol werden mich hoffentlich nicht vor das Gericht schleppen.“

„Die neuen Verträge. . . Eugenie.“

„Rein, Wäterschen, Eugenie nicht! Eben deshalb bin ich nach St. Petersburg gekommen. . . Eugenie ist Witwe, und Berespol war nach dem Erbrechte auf die nächsten Verwandten übergeben.“

„Auf Berespol also?“

„Ja, und nein. . . Rare sie noch eine Edelfrau, dann ohne Zweifel, allein da sie eine Bäuerin ist. . . und eine Bäuerin bleiben soll, so. . . Aber ich glaube, daß sie es nicht mehr bleiben wird; denn die Schwermäandigen behaupten, nur ihre Mann und ihre Kinder wären Leibeigene, während sie ihre Rechte niemals verlor habe. Nun, wir wollen es schon sehen. . . Wir werden nicht mögliches tun. . .“

„Gott wird uns helfen. . . Mein Herz sagt mir, daß noch alles für uns Gutes werden werde. . .“

die politische Neutralität fand kein Gehör; er wurde niedergeschrien und vom Vorsitzenden L. wurde ihm erklärt, daß er das nächstmal nicht wieder als Knappschäftsleiter aufgestellt werde.

Nach in Vorbed machen die christlichen Gewerkschaften die Gemeinderatswahl. Noch bei der vorletzten Wahl stellte das christliche Gewerkschaftsblatt in einer Sitzung die Kandidaten für die dritte Klasse auf, die dann auch vom Zentrum unterstützt wurden.

Die Bezirkskonferenz Gelsenkirchen des christlichen Gewerkschaftsvereins der Bergarbeiter stellte zur Generalversammlung des Verbandes im Jahre 1909 folgenden niedlichen Antrag: (Nr. 4 des Protokolls.)

„Die Generalversammlung wolle beschließen, daß der § 8 des Statuts dahin auszuliegen ist, daß Mitglieder, welche bei Wahlen im ersten Wahlgange dem Sozialdemokraten ihre Stimme geben, ausgeschlossen werden können, bei notwendigen Kompromissen jedoch nicht.“

Durch Zeitungsnotizen rechtzeitig gewarnt, unterließ es die christliche Generalversammlung, den Antrag zu verhandeln. Daß nicht ein einzelner, sondern die Vertreterkonferenz eines großen Bezirks einen solchen Antrag stellen konnte, läßt immerhin Schlüsse zu auf die Gesinnungen dieser christlichen Gewerkschaften.

Die Vorgänge bei der Reichstagswahl von 1912 sind noch in frischer Erinnerung. Wenn bis dahin ein Zweifel möglich war an dem politischen Charakter der christlichen Gewerkschaften, so wurde er gründlich zerstört. Sie waren die eigentlichen Wahlmacher — ihnen hat das Zentrum eine große Anzahl Mandate zu verdanken. Ja, noch mehr: Die politische Betätigung ist den Christlichen so tief im Blute, daß sie sogar, entgegen ihrer Neigung, den Nationalliberalen Mandate zuschickten. Ohne die fleißige Wahlarbeit der christlichen Gewerkschaften wären z. B. die Wahlkreise Bochum und Duisburg von den Nationalliberalen nicht geholt worden. Im westfälischen Industriebezirk hätten die Zentrumsliberalen bei Stichwahlen zwischen ihnen und den sozialdemokratischen Kandidaten überhaupt nichts zu tun brauchen — so energisch trat der Wahlapparat der christlichen Gewerkschaften für sie ein.

Diese Stellungnahme der Christlichen entsprang keinem augenblicklichen Impulse, sondern war lange vorher im Schoße der Zentrumspartei festgelegt worden. Dort sitzen die Manager, die die christlichen Querköpfe am Schnürchen halten und nach den diplomatischen Intentionen der Zentrumspartei handeln lassen. Ein Gewerkschaftsführer hatte es schon ein ganzes Jahr vor der Wahl ausgesprochen. Der Beamte des christlichen Gewerkschaftsvereins der Bergarbeiter Hieskes, sagte schon am 15. Januar 1911 in einer Versammlung in Herne:

„Wenn die nationalliberale Partei im Wahlkreise Bochum-Gelsenkirchen einen annehmbaren Kandidaten aufstelle, und dieser mit Otto Hue in die Stichwahl komme, dann seien für Otto Hue die schönen Tage von Kranzweg vorbei.“

Der Zentrumspreß ging soviel Redlichkeit wider den Strich. Denn die Nationalliberalen verstanden Hieskes Wort und stellten einen christlich-organisierten Bergmann auf. Um nun zu verhindern, daß etwa die christlichen Arbeiterstimmen schon im ersten Wahlgange den Nationalliberalen zufließen, schrieb die „Gelsenkirchener Zeitung“:

„Jedenfalls muß es aber entschieden zurückgewiesen werden, wenn man liberalerwärts die christlichen Gewerkschaften wahlpolitisch zu beeinflussen sucht. Wir weisen darauf hin, um der nationalliberalen Partei zu zeigen, daß sie, falls mit ihrer Arbeiterkandidatur ein Gimpelsang in fremden politischen Jagdgründen beabsichtigt sein sollte, sie sich damit in einem großen Irrtum befindet.“

„Fremde politische Jagdgründe“ sind die christlichen Gewerkschaften für jede andere Partei — diese Jagdgründe hat das Zentrum in Erbschaft. Daß es 1912 dennoch die liberalen Jagdgäste in keine Jagdgründe hineinließ, verabschiedete die Angst vor dem roten Jäger.

Solche Dinge können den Wächtern der Gesetze nicht vorgehen bleiben. Wie kommt es aber, daß von den Behörden noch nichts gegen die politischen christlichen Gewerkschaften unternommen wurde, während man jahrelang die Zeitungen, Flugblätter und Protokolle von freien Gewerkschaften durchstöberte, um sie politischer Betätigung bezichtigen zu können? Die Antwort darauf gibt Nachschreibendes:

In Glensburg fand am 13. August 1911 ein Katholikentag für Schleswig-Holstein statt. Ein Angehöriger des katholischen Volksvereins — Dr. Sonnenstein aus München-Gladbach — hielt einen Vortrag über den Klerikalismus und kam dabei auf die christlichen Gewerkschaften zu sprechen. Der München-Gladbacher Akademiker sagte wörtlich:

„Der Kern und die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften ist durchaus konservativ. Wie die Sache augenblicklich liegt, kann ich Ihnen versichern, daß die bedeutendsten konservativen Führer und unsere bedeutendsten Staatsmänner — ich will keine Namen nennen — eingesehen haben, daß es unter allen Umständen gelingen muß, die christlichen Gewerkschaften hochzuhalten, koste es, was es wolle, um die sozialdemokratische Hochflut zurückzuhalten.“

Dr. Sonnenstein hat damit jedenfalls die Wahrheit gesagt. Denn es sind seit der christlichen Gewerkschaften von konservativen Führern und von Staatsmännern öfters Kompimente gemacht worden, für ihre „konservative“ Haltung bei Wahlen und bei Streiks. So hatte im Januar 1912 der Rektor Tegeeder in Herne dem Reichsanwalt telegraphisch den Sieg der nationalliberalen Partei gemeldet. Der Reichsanwalt antwortete:

„Verbündeltesten Dank für die Meldung des Wahlerfolgs! Dieser Sieg bedeutet einen schönen Erfolg der patriotischen Haltung der christlich-nationalen Arbeiterchaft und des hingebenden Wirkens ihrer Führer.“

Hier bestätigt der Kanzler das, was an anderer Stelle über die politische Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften beim Wahlkampf 1912 gesagt ist. Es sind nur die christlichen Gewerkschaften mit der „christlich-nationalen Arbeiterchaft“ gemeint, denn die anderen, die „wilden“ Christen, haben keine Führer, die hingebend wirken könnten.

Damit wollen wir für heute die „politisch neutralen“ christlichen Gewerkschaften verlassen. Wir tragen durchaus kein Verlangen danach, daß sie von den Behörden für politisch erklärt werden. Es hieße den herrschenden Gewalten zuviel Selbstverleugnung zumuten, wenn sie mit ihren Wahlbehörden und Streikführern so unglücklich verfahren sollten, wie mit den freien Arbeitern. Inerzuewegen sollen die Christlichen ruhig bleiben, was sie sind. Aber zeigen wollten wir mit Vorbehalt, wie es im Rechtsstaate eben nicht daselbe ist, wenn zwei daselbe tun.

Aus der Partei.

Ein neues Bebel-Portrait. Der hannoversche Maler Georg Zronitzer hat von unserem August Bebel zwei treffliche Gemälde geschaffen. Das eine erwarb bald nach Bebel's Tode der Vorwärts-Berlag, und das andere ist jetzt in den Besitz unserer Hamburger Partei übergegangen, die es am Donnerstag in Hamburger Gewerkschaftshaus zur Ausstellung brachte. Auf Bebel's der Hamburger Partei-Feierabend hat von dem Hamburger Portrait-Maler auch Reproduktionen im Biergartenbrud hergestellt, die im Buchhandel und durch die Parteiorganisationen zu haben sind.

Wieder eine Kronprinzen-Beleidigung. Vom Dresdener Landgericht wurde am Mittwoch der Parteisekretär Genosse Rahmann wegen einer Verleumdungsrede, in der er den deutschen Kronprinzen verurteilt. Von der Anklage, die Bevölkerung aufgereizt zu haben, wurde er freigesprochen. Genosse Rahmann hatte am 15. Januar über den Kampf gegen die geplanten Knebelgesetze und über die Zäbner Vorgänge gesprochen und dabei das bekannte Kronprinzentelegramm entsprechend kritisiert. In derselben Rede sollte er die Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten aufgereizt haben. — In der Verhandlung wurde das Manuskript der Rede mit dem Stenogramm des Beamten verglichen. Dabei stellte sich heraus, daß nach beiden Schriftföhen der Redner besonders betont hatte, daß die Sozialdemokratie den Kampf gegen die Reaktion auf friedlichem und gesetzmäßigem Wege führe. Damit fiel die Anklage wegen Aufreizung der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten endlich zusammen. Das Gericht gab dann dem Verteidiger Rechtsanwalt Heine recht und sprach den Gen. Rahmann von dieser Anklage frei. Wegen der Kronprinzen-Beleidigung aber wurde er verurteilt mit der Begründung: Schon die Worte junger Mann seien beleidigend, die anderen Unsführungen seien ehrverleugend. Der Redner habe vor 1200 Personen gesprochen; mildernde Umstände könnten ihm darum nicht zugebilligt werden, denn die Beleidigungen waren absichtlich, da die Worte schon im Manuskript standen. Auch sei der Angeklagte Preuße, deshalb sei er nach § 97 des Str.-G.-B. zu verurteilen.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen hielt in Hannover seinen Verbandstag ab. Zur Sonntagsruhe wurde folgende Resolution angenommen: „Die Verhandlungen des Reichstages und die Beschlüsse seiner Kommission über den Sonntagsruhegesetzentwurf haben gezeigt, daß die Reichstagsmehrheit im Einverständnis mit den Geschäftsinhabern nicht geneigt ist, den Wünschen der Handlungsgehilfen zu entsprechen, obwohl die große Mehrheit der Käufer durchaus mit den Zielen der Handlungsgehilfen in dieser Frage einverstanden ist. Da die Volksgesundheit und die Volkskraft wichtiger sind, als die kleinsten Geldinteressen und Konkurrenzrückichten der Geschäftsleute, darf der Kampf gegen die Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe nicht aufgegeben werden. Nachdem sich herausgestellt hat, daß die Werbetätigkeit der Handlungsgehilfenverbände in den letzten zwei Jahrzehnten nicht imlande gewesen ist, die gesetzgebenden Körperschaften dazu zu drängen, die handelsgewerbliche Sonntagsruhe einzuführen, müssen die Angestellten zu gewerkschaftlichen Machtmitteln greifen, um sie zu erreichen. Die neunte Generalversammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen bedauert, daß die andern Gehilfenverbände sich geweigert haben, zwecks Abschaffung der Sonntagsarbeit gemeinsam bei den Geschäftsinhabern vorstellig zu werden und diese nötigenfalls durch Verweigerung der Sonntagsarbeit, durch Personalperre oder durch Boykott zu zwingen. Die Verbände, die ihre Mitwirkung hierbei verweigert haben, tragen die Verantwortung dafür, wenn die Sonntagsarbeit weiterhin eine schlechte Gewohnheit im Handelsgewerbe bleibt.“

Die Stellung des Verbandstages zur Frage der Konkurrenzklausel wurde wie folgt präzisiert: „Die neunte Generalversammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen kann in dem neuen Konkurrenzklauselgese einen begrüßenswerten Fortschritt nicht erblicken; das Gese bringt zwar das Verbot der Konkurrenzklause für Angestellte bis zu 1500 Mt. Jahresgehalt, hebt aber einen bisher zum Schutze aller Handlungsgehilfen geltenden wichtigen Rechtsgrundlag auf. Für die Angestellten mit über 1500 Mt. Jahresarbeitsverdienst hat das neue Gese die Konkurrenzklause auf unabsehbare Zeit legalisiert. Die Vorschrift, daß sie für einen solchen Angestellten nur verbindlich ist, wenn sich der Geschäftsinhaber verpflichtet, ihm im Falle der Stellenlosigkeit für die Dauer der Vereinbarung die Hälfte des bisherigen Gehalts zu zahlen, wird in der Praxis kein hinreichender Schutz sein. Der Angestellte kann in der Regel von der Hälfte seines früheren Gehalts nicht leben; für ihn ist die Konkurrenzklause nach wie vor eine Ermahnung des Stellenmangels und weiteren Fortkommens.“

Die Generalversammlung protestiert dagegen, daß die gesetzgebenden Körperschaften angesichts dieses sehr fragwürdigen Fortschritts, den das Gese bringt, zugleich eine neue Bedrückung und Fesselung der Handlungsgehilfen beschlossen haben. In der Vorschrift, daß der Geschäftsinhaber das Recht haben soll — falls er auf die Vertragsstrafe verzichtet —, den Angestellten im Falle der Zuwiderhandlung gegen die Konkurrenzklause ins Gefängnis zu bringen, liegt ein großer sozialpolitischer Rückschritt. Denn wie der Handlungsgehilfe nicht zwangsweise dazu angehalten werden kann, eine Stellung anzunehmen und auszufüllen, und wie auch der Prinzipal durch keinerlei staatliche Machtmittel gezwungen wird, einen Angestellten vertragsgemäß wirklich zu beschäftigen, so dürfte auch für den Fall der Überretung der Konkurrenzklause nur die vereinbarte Vertragsstrafe oder Schadenersatz gefordert werden. Das neue Gese steht Gaste, strafend vor, es birgt demnach eine Wilschaltung und Verletzung der Persönlichkeitsrechte der Handlungsgehilfen in sich. Unter diesen Umständen kann es mit den Interessen und der Würde der Handlungsgehilfen nicht vereinbar sein dem Gese die Zustimmung zu geben!“

Erstehende Ausperrung in der Glasindustrie. Wie der „Neue Böttcher Anzeiger“ meldet, wurde in einer in Koblitz abgehaltenen Versammlung des Arbeitgeberverbandes deutscher Glasfabriken beschlossen, sämtliche Arbeiter auszusperrern, nachdem seitens des Verbandes der Glasarbeiter die Forderung gestellt worden war, die Arbeitszeit auf 9 Stunden zu verkürzen. Von der Ausperrung werden betroffen: die Glasfabriken von Benzig, Koblitz, Halbau, Wieselau, Hartmannsdorf und Rietzen. Sonnabend, wurde den Arbeitern die Kündigung zum 6. Juni mitgeteilt. Es kommen ungefähr 3000 Arbeiter in Frage. In Rauscha stehen bereits 450 Arbeiter im Streit.

Erfolgreiche Tarifbewegung in der Schokoladenindustrie. Dem Zentralverband der Bäcker und Konditoren ist es nach mehrmaligen Unterhandlungen mit der Direktion der Casseler Haserfaktorsabrik von Hansen u. Co. in Cassel gelungen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die Beschäftigten vertraglich auf drei Jahre zu regeln. Die wöchentliche Arbeitszeit ist in allen Abteilungen auf 57 Stunden festgesetzt. Die Einstellungsgebühren, die bisher sehr verschieden waren, wurden für die Arbeiter und Arbeiterinnen nach Altersklassen geregelt. Die zurzeit im Betriebe Beschäftigten erhalten eine sofortige Lohnzulage von 2 bis 3 Wg. pro Stunde und noch zwei Zulagen während der Vertragsdauer. Bei den Einstellungsgebühren ist nach einer halbjährlichen Beschäftigungsdauer eine Lohnzulage von 2 Wg. pro Stunde und eine weitere Zulage nach einem weiteren Jahr vorgesehen. Die im Afford Beschäftigten, die unter 16 Mt. verdienen, bekommen eine 5prozentige Erhöhung der Affordzulage. Über die festgesetzte Arbeitszeit hinausgehende Überstunden werden mit 20 Proz. Aufschlag vergütet. Die während der Vertragsdauer erreichte Lohnverhöhung beträgt für

alle Beschäftigten 4 bis 5 Pf. pro Stunde. In Betracht kommen 280 Personen. Die Firma ist Lieferantin der Groß-Einkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine.

Ein Erfolg im kirchlichen Frier. Bei der Wahl der Vertreter zum Versicherungsausschuß in Frier entsiehl auf die Liste der katholischen Facharbeiter 3120, auf die Liste der Christlichen 2616, auf die der freien Gewerkschaften 8244 Stimmen.

Streik der Brauereiarbeiter in Kassel. In Kassel haben sämtliche Arbeiter der Brauereien Kopf und Schößlerhof die Arbeit niedergelegt. Der Streik ist provoziert durch den Syndikus Dr. Schmidt-Bielefeld, den bekannten Schärfermacher, der im Auftrag der Kasseler Brauereibesitzer die Lohnbewegung leitet. Beide Betriebe sind mit Phosphor-Gasdichten besetzt. — In der Gerulkebrauerei sind ebenfalls 18 Phosphor-Gasdichten in einem Zelt, das auf dem Hof der Brauerei aufgeschlagen ist, untergebracht. Sie machen nach beendeter Arbeitszeit die Überstunden, die die dortigen Brauereiarbeiter verweigerten. Es ist selbstverständlich, daß der Brauereiarbeiterverband den ständigen Arbeitern nicht zumutet, mit dieser Garde längere Zeit in nähere Berührung zu kommen. Eine Arbeitsniederlegung ist auch in diesem Betriebe wahrscheinlich.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen im Jahre 1913. In der Handlungsgehilfenbewegung wurde in den letzten Jahren versucht, eine neue Richtung, die sogenannte „neutralgewerkschaftliche“, zu etablieren. Der Versuch ist kläglich gescheitert. Die bürgerlichen Handlungsgehilfenverbände, ganz gleich, ob sie antisemitisch oder liberal gerichtet sind, benutzten jede Organisation, die gewerkschaftliche Kampfmittel propagiert, als sozialdemokratisch. Die Handlungsgehilfen, die sich zu der Überzeugung durchgerungen haben, daß sie nur durch den gewerkschaftlichen Kampf ihre Lage verbessern können, diese Handlungsgehilfen haben aber auch kein Verständnis mehr für die von den Neutralitätsfanatikern geforderte Trennung der gewerkschaftlichen Angelegenheiten und Arbeiterorganisationen. Das sehen wir deutlich an dem Krasse der neutralgewerkschaftlichen Gründung und an der Entwicklung des Zentralverbandes. Er hat auch im Jahre 1913 gute Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzahl stieg von 18 489 auf 24 809 Ende 1913. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß am 1. Januar 1913 die 2970 Mitglieder des ehemaligen Lagerhalterverbandes zum Zentralverband übergetreten sind. Die Finanzen des Verbandes haben infolge der neu eingeführten Beitragsstaffel eine wesentliche Stärkung erfahren. Die Einnahmen stiegen von 245 498 Mark auf 490 292 Mark. Die Ausgaben stiegen von 229 988 Mark auf 335 750 Mark. Das Verbandsvermögen betrug 217 561 Mark gegen 63 039 Mark Ende 1912. Am 1. Juli des Berichtsjahres sind die neu geschaffenen Unterstützungsanstalten in Kraft getreten. Die Summe der gezahlten Unterstützungen (Stellenlos-, Kranken- und Umzugsunterstützung, sowie Sterbegeld) belief sich auf 42 382 Mark gegen 15 799 Mark im Vorjahre. Die Aufwendungen für Unterstützungsarbeiten werden zweifellos im laufenden Jahre noch erheblich wachsen. Das Kapitel „gewerkschaftliche“ Kämpfe im Geschäftsbericht des Vorstandes ist von besonderem Interesse, ist der Verband doch die einzige Handlungsgehilfenorganisation, die derartige Kämpfe führt. Die Zahl der von ihm abgeschlossenen Tarifverträge stieg von 119 für 7308 Personen auf 192 Tarife für 8654 Personen. Außerdem endete eine große Anzahl Bewegungen mit Vereinbarungen. Von besonderem Interesse ist eine größere Bewegung in Chemnitz, die dazu führte, daß 23 Firmen, die versucht hatten, ihren Angestellten Konkurrenzklausein aufzuerlegen, von ihrem Vorhaben Abstand nehmen mußten. So erkämpfte sich ein Teil der Handlungsgehilfen auf gewerkschaftlichem Wege das, was ihnen die Gesetzgebung verweigert. — Die Schwierigkeiten, denen die freigewerkschaftliche Propaganda unter den Privatangestellten begegnet, drängten die Frage auf, ob es nicht durch eine Verschmelzung der beiden freigewerkschaftlichen Verbände, des Verbandes der Bureauangestellten und des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen, oder durch die Gründung eines allgemeinen freigewerkschaftlichen Privatangestelltenverbandes möglich sei, unnötige Kräftezerpflitterung zu vermeiden und die Aufklärungsarbeit unter allen Privatangestellten erfolgreicher zu gestalten. Die lebhaften Diskussionen, die im Laufe des vorigen Jahres über diese Frage im Verband der Handlungsgehilfen stattgefunden haben, zeigten, daß der größte Teil der Mitglieder eine Verschmelzung mit dem Bureauangestelltenverbande für erstrebenswert hält. Von der Stellung der Bureauangestellten wird es jetzt wesentlich abhängen, ob die Verschmelzungsbewegungen über kurz oder lang einen positiven Erfolg haben werden.

Soziales.

Die Arbeitslosen-Zählung in der ungarischen Hauptstadt. Die Arbeitslosen-Zählung, die am 21. März d. J. in Budapest auf Drängen der Arbeiterkammer von der Stadtverwaltung mit Hilfe von 5000 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern vorgenommen wurde, hat interessantes Material zutage gefördert, das jetzt von der Stadtverwaltung veröffentlicht wird. Die Arbeitslosen-Zahl betrug am Zähltag, also zu einer Zeit, in der sich die Arbeitslosigkeit bereits wieder etwas gehoben hatte, in Budapest 20 624, in den Vororten 6564, zusammen 27 188 Personen, das sind 2,3 % der Gesamtbevölkerung oder 4,2 % der erwachsenen männlichen und 0,6 % der weiblichen Bevölkerung. Um die große Zahl der Arbeitslosen deutlicher hervorzuheben, stellt der Bericht das Ergebnis dreier deutscher Städte gegenüber. Danach hatte Köln am 22. Januar 1911 0,3 % der Gesamtbevölkerung als Arbeitslose, Nürnberg am 24. Januar 1912 0,1 % und München am 11. Februar 1912 1,1 %. Wenn man in Betracht zieht, daß in diesen drei deutschen Städten die Zählung im Winter vorgenommen wurde, so erscheinen die Ziffern der Budapest-Zählung außerordentlich hoch. Von den Budapest-Zählung Arbeitslosen gehörten der Industrie 17 196 (63,4 %), dem Handel 2270 (8,3 %), anderen Gruppen 1635 (6 %) an. Die Metallarbeiter waren beteiligt mit 5253 Personen (19,3 %), die Holzarbeiter mit 2608 (18,5 %), die Bekleidungsindustrie mit 2341 (8,6 %), die Nahrungsmittelindustrie mit 1648 (6 %) Personen. Ein größtes Elend verbürgt sich in den Zahlen über die Dauer der Arbeitslosigkeit. Unter einer Woche waren 1466, bis zwei Wochen 834, 15 bis 30 Tage 1997, 1 bis 3 Monate 5683, 3 bis 6 Monate 8626, 6 bis 12 Monate 4872, bis 1 1/2 Jahr 1500, über 1 1/2 Jahr 1200 Personen arbeitslos. Ihr Dasein fristeten von unbemitteltem Verdienst 5937, von ihren Ersparnissen 4277, von Darlehen 5299, von Darlehen und Ersparnissen 266, von den Eltern 5421, von dem Verdienste der Frau 1968, von dem Verdienste der Kinder 2897, von dem Versehen ihrer Habe 2217, behördliche Unterstützung erhielten 737, von den Gewerkschaften 8098 Arbeitslose. 9796 Arbeitslose gehörten den Gewerkschaften an; diese zählten mit ihren Familienangehörigen zusammen 62 000 Personen. Hoffentlich werden nunmehr auch die Konsequenzen aus dem Ergebnis der Arbeitslosen-Zählung gezogen!

Was die Schiffbrüchigen erzählen.

Am vorigen Montag morgen trug man, vorsichtig und langsam, im Hafen von Halifax vier traktlose, fast zu Gerippen abgemagerte Menschenkörper in das Krankenhaus. Es waren die letzten vier Überlebenden des am 3. Mai untergegangenen Dampfers „Columbian“; am Tage vorher hatte sie der amerikanische Zerstörer „Seneca“ in mehr als 150 Seemeilen Entfernung von der Küste Neuschottlands aufgefunden und an Bord genommen. Einige Stunden später hätte man in dem treibenden Boote nur noch Leichen gefunden; 14 Tage lang trieben die Unglücklichen auf dem Meer und mußten ihre Kameraden einen nach dem anderen unter furchtbaren Leiden dahinstirben sehen. Unter den Geretteten befindet sich der junge erste Offizier der „Columbian“, Robert Liere; ihm werden vermutlich seine beiden erfrorenen Brüder abgenommen werden müssen. Die Schilderung, die er von den Leiden und dem Sterben der Gefährten gab, ist erschütternd; von den elf Männern, die sich an Bord des kleinen Bootes befanden, sind sieben im Laufe der grauenvollen Tage an Erschöpfung gestorben. Im letzten Augenblick hatten sich die Leute, zum Teil nur mit Hemd und Unterhose bekleidet, von der brennenden „Columbian“ in das Boot gerettet. „Ein starker Südwind trieb uns sofort nordwärts“, berichtete der Offizier. „Es war keine Zeit gewesen, Navigationsinstrumente ins Boot zu nehmen. Wir waren uns sofort klar, daß uns Schlimmes bevorstand, wenn wir nicht bald von einem Schiffe aufgelesen würden. Am Morgen des folgenden Tages — es war noch dunkel — sahen wir die Lichter eines Schiffes auftauchen. Der Dampfer kam schnell näher, nach seiner Größe war es die „Olympic“. Nun mußten wir entdecken, daß wir kein trockenes Feuerzeug an Bord hatten. Es gab kein Mittel, uns bemerkbar zu machen, ohnmächtig mußten wir mit ansehen, wie die „Olympic“ in einer Entfernung von etwa 1/2 Seemeilen vorüberglitt und entwand. Wir standen zwar auf und schrien mit allen Kräften, aber es war umsonst. Am zweiten Tage begegneten wir noch einem Frachtdampfer in größerer Entfernung; ich hielte meinen Stroch an ein Ruder und hielt ihn empor, aber es war wiederum vergeblich. Am Nachmittag sahen wir die „Franconia“ in großer Entfernung anfallen; vermutlich nahm sie uns an Bord. Dann dampfte sie im Halbkreis weiter, und wir blieben allein. Die folgenden zwei Tage war rauhes Wetter, und immer wieder mußten wir unser Boot auspumpen, aber schließlich ließ der Wind nach. Wir hatten ein Wasserfaß mit 20 Gallonen Trinkwasser und eine Zinnbüchse mit Biskuit an Bord. Ich teilte sofort die Rationen ein; jeder Mann erhielt eine halbe Flasche Wasser am Tag und zu jeder Mahlzeit ein Biskuit. Aber schon nach der ersten Woche begann die Not und der Wassermangel. Ich verringerte die Rationen, einmal oder zweimal konnten wir auch etwas Regenwasser einsaugen, aber am Freitag besaßen wir fünf Überlebenden nur noch eine halbe Flasche Wasser. Wir suchten die Schiffsbohlen und das Leder unserer gestorbene Kameraden zu essen. Der erste, der von ihnen erlöst wurde, starb am Montag; alle Versuche, ihn zu retten, waren vergeblich. Dann, am Morgen des 12. Mai, starb der Heizer Richman, am nächsten Tage der Heizer Anderson, dann Schrimberger, der Koch, und Gustafson. Alle starben auf die gleiche schreckliche Art. Sie begannen Seewasser zu trinken, und ihre Leiden waren unerhört. Je mehr sie tranken, je entsetzlicher wurde ihr Verlangen nach mehr. In Bord hatten wir einen kleinen Schöpflopfel; ich verbarge ihn bei mir, aber wenn ich schlief, holten sie ihn. Das Ganze war wie ein wüster Traum. Wenn ich den Leuten, die Meerwasser tranken, den Schöpflopfel entriß, lehnten sie sich über den Bootsrand und tranken wie die Kühe. Bald ergriff sie der Wahnsinn, und alle starben sie irrsinnig, unausgeseht jingend und brüllend. Das Meerwasser tötete sie.“

Aus dem Gerichtssaal.

Soldatenumhändlung. In Lindau mißhandelten Ende November vorigen Jahres sogenannte ältere Leute, die Soldaten Killisberger, Sicler und der Gefreite Nagel einen Rekruten, der nach ihrer Angabe sich „furchtbar gegen die alten Leute benommen“ habe. Die Mißhandlung war so roh und brutal, daß der Rekrut dauernden Schaden an seiner Gesundheit davongetragen hat. Er wurde nachts im Bett überfallen und furchtbar durchgeprügelt und leidet seitdem an Ohnmachtsanfällen und Angstzuständen. Der Unteroffizier, dem der Rekrut die Mißhandlung meldete, weigerte sich, die Meldung weiterzugeben und riet dem Rekruten, zu schweigen, da er sonst vor den „Alten“ erst recht keine Ruhe habe. Das Kriegsgericht in Augsburg verurteilte jetzt die drei rohen Burschen zu je 5 Monaten Gefängnis. Der Unteroffizier wurde von der Anklage der Begünstigung freigesprochen.

Aus Nah und Fern.

Raubanfall auf einen Geldbriefträger. Als Sonnabend vormittag der Geldbriefträger Zerlau in einem Hause der Rollendorfsstraße in Berlin die Treppe hinaufging, warf ihm ein junger Bursche, der ihm aufgelaufen hatte, eine Handvoll Pfeffer in die Augen und versuchte ihm die Geldtasche zu entreißen. Der Angefallene rief um Hilfe. Hausbewohner nahmen den Räuber fest und übergaben ihn der Polizei. Es wurde festgestellt, daß es sich um den 18jährigen Arbeiter Gustav Schulz aus Ludwigsdorf, Kreis Görlitz, handelt.

Von einem Schußmann erschossen. In Berlin wurde der 43jährige Arbeiter Bittner, der sich seiner Teilnahme durch einen Schußmann widersetzte und mit einem Schlächterbeil auf den Schußmann einbrach, im Verlauf des Handgemenges von dem Schußmann erschossen. Bittner sollte festgenommen werden, weil er sich jahrelang der militärischen Kontrolle entzogen hatte.

Selbstmorde in der Armee. Aus Oberschlesien werden zwei Selbstmorde von Soldaten gemeldet. Im Stadtwalde in Gleiwitz wurde ein Mann vom dortigen Manenregiment erhängt aufgefunden. Der Grund zu dem Selbstmord ist nicht bekannt, doch nimmt man an, daß Heimweh und Schwerkut den Soldaten in den Tod getrieben haben. — In Beuthen hat wegen verdächtigter Verfehlungen in Dienste und aus Furcht vor der dafür zu erwartenden Strafe sich der Unteroffizier Paluschet vom dortigen Infanterieregiment mit seinem Dienstgewehr zu erschießen versucht. Paluschet ist schwer verletzt und es besteht nur wenig Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten.

Sauerstoff-Explosion. In der Nacht zum Sonntag entstand in der Sauerstoffniederlage des Kaufmanns Wandt in Stettin Feuer, das sich innerhalb weniger Minuten auf die benachbarten Lagerplätze fortpflanzte. Die gusseisernen Sauerstoff-Flaschen explodierten mit lautem Knall. Die Nachbathäuser wurden durch die fortwährenden Explosionen so heftig erschüttert, daß sie von den Bewohnern fluchtartig verlassen oder teilweise geräumt werden mußten. Das Feuer griff auf das Lager über. Unter großen Schwierigkeiten gelang es der Feuerwehr gegen 3 Uhr, die Gewalt des Feuers zu brechen.

Keine Krassen, schlimme Folgen. Der Zimmermann Gehring aus Schropplau wollte, wie aus Leipzig berichtet wird, von einem Dache aus in die Kammer seiner Geliebten

einsteigen. Da man ihn für einen Einbrecher hielt, wurde er verfolgt. Als ihm einer der Verfolger, der Dachbeder Weingelmer, zu nahe kam, blieb Gehring stehen und schob auf Weingelmer, der sich weiter vorwärts bewegte, zusammen, daß Weingelmer weiter. Schließlich wurde er von einem Schußmann gesteuert, worauf er sich selbst erschoß, als er keinen Ausweg mehr sah.

Ueber das Großfeuer in der Leipziger Ausstellung. Berichtete die „Leipziger Neuesten Nachrichten“: Zum zweitenmal bereits seit ihrer Eröffnung ist die Ausstellung von einem Brand heimgesucht worden. Während es sich bei dem Feuer am letzten Sonntag nur um einen belanglosen Eisenbrand handelte, nahm der gestern nachmittag im Verwaltungsgebäude zum Ausbruch gekommene Dachstuhlbrand erhebliche größere Dimensionen an und nur dem schnellen, tatkräftigen Eingreifen der Leipziger Feuerwehr ist es zu verdanken, daß das Feuer rasch gelöscht und großer Schaden und eine Gefährdung von Menschen verhütet wurden. Um 2 Uhr 48 Minuten nachmittags traf auf der Feuerhauptwache die Meldung ein, daß auf der Ausstellung im Verwaltungsgebäude Großfeuer ausgebrochen sei. Die Feuerwehr rückte sofort mit je einem Löschzug von der Ausstellungswache, vom Hauptdepot und von der Ostwache aus. Der Dachstuhl auf der linken Seite des Frontgebäudes von dem an der Reichenhainer Straße gelegenen großen Verwaltungshaus stand in Flammen. Da man sah, daß das Feuer mit großer Schnelligkeit um sich griff, wurden noch ein weiterer Löschzug von der Hauptwache und ein Löschzug von der Südseite an die Brandstätte beordert. Unter der Oberleitung des sofort nach der Ausstellung geeilten Branddirektors Dr. Reddemann und dem Kommando des Branddirektors Kaefer und der Brandmeister Wolf und Voigt griff man das Feuer mit 6 Schlauchleitungen an. Eine mechanische Leiter konnte leider nur im Innern der Ausstellung Verwendung finden, da man infolge der Stufen am Eingang B in der Reichenhainerstraße von der Straße her keine mechanischen Leitern an das brennende Gebäude herabbringen konnte. Von der Straßenseite aus wurde deshalb von fünf Stützeleitern aus gearbeitet. Es gelang der Feuerwehr, nach kaum halbstündiger Tätigkeit des Feuers Herr zu werden und jede weitere Gefahr zu beseitigen. Der Dachstuhl an der linken Seite des Frontgebäudes war allerdings vollständig ausgebrannt, und das Gebälk zum großen Teil zerstört. In dem Dachstuhl, in dem das Feuer zum Ausbruch gekommen ist, befanden sich nur Papierabfälle. Diese sind verbrannt. Sonst war der Raum leer. Die unter dem Dachstuhl liegenden Büroräume, in denen sich das Technische Bureau und die Telefonzentrale befanden, wurden durch das Feuer nur unerheblich in Mitleidenhaft gezogen. Infolge der großen Hitze mußten hier natürlich alle Arbeiten eingestellt werden. So kam es auch, daß zurzeit, als das Feuer wütete, jede Telefonverbindung mit der Ausstellung abgeschnitten war. Aber schon während der Aufräumarbeiten, die bis 4 1/2 Uhr erledigt waren, konnten die Angehörigen in den Büros ihre Arbeiten wieder aufnehmen. Als Ursache des Brandes vermutete man anfangs Kurzschluß, zumal um 13 Uhr sämtlich elektrisch betriebene Uhren auf der Ausstellung stehen geblieben waren. Man machte jedoch später verschiedene Bedenken gegen die Möglichkeit, daß das Feuer durch Kurzschluß entstanden war, geltend. Bis zur Stunde ist die Frage der Ursache noch nicht geklärt. Da zurzeit, als das Feuer wütete, die Besucherzahl der Ausstellung verhältnismäßig gering war, konnten die Abperrungsmaßnahmen ohne Schwierigkeit aufrecht erhalten werden. Erst in den späteren Nachmittagsstunden wurde die Anzahl der Brandstätte umlagernden Personen größer. Bis zum Abend erfüllte die Luft in diesem Teil der Ausstellung ein starker Brandgeruch.

Eine furchtbare Explosionstatastrophe ereignete sich Sonnabend vormittag in Düren (Rheinprovinz) in der Schießbaumwollfabrik der Deutschen Sprengstoffwerke A.-G. in Hamburg durch das Losgehen einer Patrone. Zwei kurz aufeinanderfolgende Schläge erschütterten fast die ganze Stadt. In der Nachenerstraße in Güzienich und in Nisdorf sind Tausende von Fensterscheiben eingedrückt, viele Dächer sind abgedeckt worden. Die Explosion machte sich in einem Umkreise von einer Viertelstunde bemerkbar. Die Fabrik mit ihren Erdwällen und Mauern ist zum größten Teil eingestürzt. 21 Personen sind verletzt, davon drei schwer. Bei den Aufräumarbeiten wurden noch drei Tote und zwei Schwerverletzte gefunden; drei Personen werden noch vermißt. Ein Schwerverletzter ist im Krankenhaus gestorben. 15 Verletzte wurden nach dem Verbinden entlassen.

Todessturz zweier Offiziersflieger. Bei Wellenborn, wo 1910 das Zeppelin-Luftschiff „Deutschland“ mit den Pressevertretern strandete, gerieten Sonnabend die Offiziersflieger Leutnant Voeder und Begleiter Leutnant Bernhardt in eine Gewitterwolke. Die Flieger versuchten dem Gewitter auszuweichen und gingen im Gleitflug nieder. Das Flugzeug geriet in einen Baum, wo es zertrümmert wurde. Beide Flieger wurden schwer verletzt und sind in Vorgloß den Verletzungen erlegen. — Zu dem Todessturz der beiden Leutnants wird noch gemeldet: Die Unglücksfälle befanden sich bei dem Gute Dauschagen. Die Flieger gingen nachmittags kurz nach 2 Uhr aus 1450 Meter Höhe im Gleitflug nieder. Unten angekommen, fuhr der Apparat gegen einen Baum und überschlug sich. Die beiden Insassen kamen unter den Apparat zu liegen und erlitten komplizierte Schädelverletzungen; der eine lebte noch einige Minuten, der andere war sofort tot. Die Verunglückten wurden in der Villa Tones in der Nähe von Vorgloß gebracht. Das Garnisonlazarett in Osnabrück wurde sofort benachrichtigt, da die Toten nach Osnabrück gebracht werden sollen.

Aus einem schwarzen Krähwinkel. Der Philosoph Hegel hat eine Zeitlang in der fränkischen Bischofsstadt Bamberg gelebt und dort auch sein erstes großes Werk vollendet und verlegt. Zum Gedächtnis dessen war angeregt worden, an seinem damaligen Wohnhause eine Gedenktafel anzubringen. Aber im Damberger Rathaus herrscht allmächtig das Zentrum; unsere Brüder in Christo machen mit ihrem Haß gegen alles Nichtschwarze auch vor dem Graben nicht halt. In Hegel lassen sie den Vater des Grundprinzips der Geschichtsphilosophie, des Gesetzes der Entwicklung zu immer höheren Kulturzuständen, von solchen gottelastischen Dingen wollen sie nichts wissen. Deshalb lehnten sie auch diese Ehrung des seit mehr als 60 Jahren toten Philosophen ab, weil, wie ihr Wortführer erklärte, Hegel in Bamberg nur als Redakteur gelebt habe, seine Werke nicht verstanden wurden und dergleichen. Damit ist Hegel samt seiner dämlichen Philosophie gerichtet, und das ist einzig und allein das Verdienst der Damberger Zentrumsladentheorie.

Wahnsinnstakt? Aus Freiberg in Sachsen wird berichtet: Hier warf sich der Landrichter Gmeiner vor den D-Tag Dresden-Hof und wurde von den Rädern der Lokomotive zermalmt. Da Gmeiner in guten finanziellen Verhältnissen lebte und ein glückliches Familienleben führte,

müß er die Tat in einem Unfall geistiger Umnachtung vollführt haben.

Vom Blitz erschlagen. Während eines Gewitters, das am Sonnabend abend über Ostnahtück niederging, wurde die Frau des Hüttenarbeiters Weistrup mit ihrem fünfjährigen Sohne, als beide vom Felde heimkehrten, auf dem Harberberge in dem Augenblick vom Blitz erschlagen, als sie die Haustür erreicht hatten. Der Blitz hinterließ an dem Hause noch verschiedene Spuren, zündete jedoch nicht.

Beim Rettungswert erstickt. Als der Gutsvorstand Danappel aus Continen bei Königsberg mit dem Betriebsingenieur Schäfer eine leichte Stelle an einem Nebenschächte der Pregel passierte, versank Schäfer plötzlich im Moor. Danappel sank ebenfalls ein und erstickte bei den Rettungsversuchen, während Schäfer sich rettete.

Zwei Kinder verbrannt. In Rodenberg in Oberhessen verbrannten die beiden vier- und sechsjährigen Kinder des Tagelöhners Müller, die mit Streichhölzern gespielt hatten. Als die Eltern hinzukamen, waren die Kinder bereits tot.

Großfeuer in einer Spinnerei in Schweifer (Ober-Elsass). Freitag abend ist in der Spinnerei von Bouchart Sals u. Co. Feuer ausgebrochen, das binnen 1½ Stunden die Feinspinnerei vollständig einäscherte. Es verbrannten ungefähr 20 Maschinen und 20 000 Spindeln.

Die Suffragetten haben wieder eine Reihe Untaten verübt. Im britischen Museum in London zertrümmerte eine derselben einen Kasten, in dem sich eine Mumie befand, mit einer Axt. Mit demselben Werkzeug beschädigte in Edinburgh eine andere in der Schottischen Akademie ein Porträt des Königs von Savoy. Die Missetäterinnen wurden verhaftet. — In Calson fand Sonnabend ein Wächter bei einem Rundgang zwei Bomben mit einer halbverbrannten Lunte. Sie waren an die Wasserleitung, die nach Glasgow führt, gelegt. Die Explosion hätte halb Glasgow von der Wasserversorgung abschneiden können. In der Nähe der Fundstelle wurden Schritten von Suffragetten gefunden. Ob solche als Täterinnen in Frage kommen, ist noch nicht festgestellt.

Krieg im Frieden. Bei den Schießübungen auf dem Artillerieschießplatz Nowy Targ in Galizien wurde infolge des Reifens des Verschlusses ein Mann getötet, drei schwer und einer leicht verletzt. Zwei Mann sind bereits gestorben.

Feuer in der holländischen Ausstellung in Malmö. Am Sonnabend nachmittag entzünd in dem Gebäude der schwedischen Glasindustrie ein Brand, der sich auch auf die Nebengebäude auszudehnen drohte. Dank des energischen Einschreitens der Feuerwehr konnte ein weiteres Ausbreiten verhindert werden.

Millionennunterschlagung bei einer kroatischen Sparkasse. Die handelsgerichtliche Prüfung der Bücher der Karlsruher Sparkasse ergab, daß Bücher und Bilanzen seit mehr als zwanzig Jahren gefälscht wurden. Der bisher ermittelte Fehlbetrag beläuft sich auf sechs Millionen Kronen. Durch diesen Raub ist eine ganze Reihe kleinerer Provinzialbanken in Mitleidenschaft gezogen. Der leitende Direktor Karl Hermann und sein Stellvertreter Dugmann wurden verhaftet.

Bei dem Großfeuer in der Kaserne in Konstantinopel haben sich, wie bereits gemeldet, die Matrosen des deutschen Kreuzers „Goeben“ in hervorragender Weise an den Löscharbeiten beteiligt. Durch einstürzendes Mauerwerk sind fünf Matrosen schwer verletzt worden; leider sind drei derselben und zwar Fahr, Arndt und Rubinko, ihren Verletzungen erlegen. Bei den Löscharbeiten sind auch zwei Offiziere und sechs Sappeure der türkischen Feuerwehr und ein russischer Matrose schwer verletzt worden.

Ein neuer Panamastandal. In Pittsburgh ist einem Kabellegramm zufolge gegen fünf Stahlfabrikanen ein Strafverfahren eröffnet worden, weil sie minderwertiges Material für die Schienen des Panamakanals geliefert haben. Die Kanalkommission erklärt jedoch, die Schienen seien sicher, da die minderwertigen Fußstücke bei der Abnahme zurückgewiesen worden sind.

Einfuhr einer Landungsbrücke. Ein schweres Unglück hat sich Freitag nachmittag in Döbelen bei der Abfahrt

des Passagierdampfers „Friedrich VIII.“ ereignet. Ein vom Dampfer nach dem Kai gelegter Brückensteig, der zur Einschiffung der Passagiere dienen sollte, brach plötzlich mitten durch und etwa fünfzig Personen stürzten ins Wasser. Hilfe war sofort zur Stelle und es gelang, alle Verunglückten bis auf drei aus dem Wasser zu ziehen und in Sicherheit zu bringen. Zwanzig von ihnen hatten jedoch mehr oder weniger schwere Verletzungen davongetragen. Nach längerem Bemühen konnten auch die Leichen der drei Ertrunkenen geborgen werden.

Auf einen Zug geschossen. In der Nacht zum Sonnabend wurden zwischen den Bahnhöfen Revinig und Müssen, unweit Barlebac, auf den Zug Nr. 47 Revolver schüsse abgegeben. Eine Kugel drang in den direkt nach München gehenden deutschen Wagen. Verletzt wurde niemand. Eine Untersuchung ist eingeleitet worden.

Ein russischer Schwindler-Fürst. In Rerisch wurde Fürst Dobolenski wegen großer Unterschlagungen während seiner Tätigkeit bei der Verwaltung der Transkaukasien in Jekaterinostaw verhaftet. Er versuchte Selbstmord durch Vergiftung, wurde aber daran gehindert. Der Fürst stand im Begriff, nach der Türkei zu entfliehen.

Zu Tode geprügelt. Londoner Blätter melden aus Peking, daß der chinesische Militärkommandeur in Khandschau den Herausgeber einer größeren Zeitung verhaften ließ, weil er trotz ausdrücklichen Verbots Nachrichten über die Hinrichtung von Rebellen gebracht hatte. Der Herausgeber wurde aufgeföhrt, die Namen der Berichterstatter, die ihm die betreffenden Meldungen übermittelt haben, angegeben. Der Journalist verschonte sich jedoch hinter das Berufsgeheimnis. Darauf ließ ihm der Kommandeur so lange die Bastonade erteilen, bis der Journalist unter furchtbaren Qualen verstarb. Die Namen seiner Reporter hatte er jedoch nicht verraten.

Seemannslos. In der Nähe von Halifax (Amerika) wurden die Leichen von Seeleuten und Schiffstrümmern an Land gespült. Es handelt sich um ein Leuchtschiff, das im Nebel mit der gesamten Mannschaft untergegangen ist. 6 Leichen, deren Köpfe schrecklich zerschmettert waren, sind geborgen.

Aus der Jugendbewegung.

Tagung des Jungdeutschlandbundes. Der Jungdeutschlandbund trat am Freitag in Stuttgart zu seiner Generalversammlung zusammen. Wie sehr man es in diesem Bunde mit einer offiziellen Organisation zu tun hat, erklärt sich am besten daraus, daß die Generalversammlung von dem württembergischen Ministerpräsidenten begrüßt wurde. Vertreter hatten ferner entsandt: der Reichsminister, Staatssekretär Dr. Delbrück, der preussische Kultusminister und der Kriegsminister. Der Jungdeutschlandbund hat angeblich 745 000 Jugendliche als Mitglieder, eine Zahl, die wohl mehr der Phantasie als der Wirklichkeit entsprechen dürfte.

Spezialsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Krankenkassen-Boykott.

Der Abgeordnete Gräbner erörterte kürzlich im sächsischen Abgeordnetenhaus die Boykottierung derjenigen Krankenkassen durch die Zahnärzte, die, entsprechend dem § 123 der A.-B.-D., auch Zahnärzte zur Behandlung der Versicherten zugelassen haben, soweit diese es wünschen. Wie in der Ausschussung der hiesigen Allgemeinen Ortskrankenkasse bekannt wurde und wie die Zahnärzte selbst zugeben, haben diese auch hier den Boykott verhängt über die Kassen, die sich dem Reichsgelege angepaßt haben und die Ortskrankenkasse hat ihrerseits keine Zahnärzte zugelassen, um nicht mit den Zahnärzten in Schwierigkeiten zu kommen. Wenn ich als Mitglied der Ortskrankenkasse mir also einen Zahn ziehen oder füllen lassen will bei einem Zahnarzt oder Dentisten, so muß ich das auf meine Kosten tun lassen, die Kasse bezahlt es nicht. Daß dies ein dem Gelege nicht entsprechender Zustand ist, geht klar aus dem Wortlaut des § 123 der A.-B.-D. hervor, in dem es heißt: „Bei Zahnkrankheiten mit Ausschluß von Mund- und Kieferkrankheiten kann die Behandlung außer durch Zahnärzte mit Zustimmung des Versicherten auch durch Zahnärzte gewährt werden.“ Die-

jes „fann“ hat nun nicht etwa die Bedeutung, daß es so und auch anders gehandhabt werden könne, sondern die Reichstagsverhandlungen lassen keinen Zweifel darüber zu, daß beabsichtigt wurde, „geeigneten“ Zahntechnikern nicht die Kassenpraxis zu sperren. Wer als „geeignet“ anzusehen ist, das bestimmt nach demselben Paragraphen die oberste Verwaltungsbehörde. Sie hat in Preußen und Bayern bestimmt, daß eine dreijährige Lehrzeit und mehrjährige praktische Tätigkeit im Berufe als Techniker oder Assistent nachzuweisen ist; eine fünfjährige Selbstständigkeit ersetzt diese Forderungen. In Lübeck hat man mehrere Bestimmungen übernommen, für letztere aber den Nachweis einer vor Erlaß der A.-B.-D. ausgeübten nicht unerheblichen Kassenpraxis verlangt. Was nützt aber diese Bestimmung den Zahntechnikern, wenn sie durch Verträge mit den Zahnärzten (die zweifellos ansehnlich sind) und durch Furcht vor Aussperrung von der Krankenkassenpraxis gänzlich ausgeschlossen sind? Es wäre erwünscht, wenn diese vollständig „unberechtigten Eigentümlichkeit“ Lübeds einmal in weiteren Kreisen ausgiebig zur Besprechung käme. Das Thema „Schulzahnpflege“, das bei der letzten Haushaltsberatung nur nebenbei gestreift wurde, könnte bei dieser Gelegenheit gleich mit behandelt werden. A. D.

Aus dem Allgemeinen Krankenhaus.

Eine eigenartige Taktik, um die Kranken zu heilen, wird jetzt im Allgemeinen Krankenhaus befolgt. Bisher standen den Kranken von Med. I, II und III, also ca. 50 Kranken, zwei Teile eines Gartens zur Verfügung. Nur einige Quadratmeter des linken Teiles werden den ganzen Tag von der Sonne beschienen. Die neue Oberkammer will jetzt anstehend neue Mäden einführen; sie kommandiert einfach im Gelbewerkelone: „Dies ist jetzt der Schwesterengarten. Baden Sie Ihre Sachen zusammen und gehen Sie hier raus. Ich sage es Ihnen nicht noch mal.“ Auf unsere Antwort, daß wir davon noch nichts wüßten, sagte sie: „Sie haben es ja jetzt gehört, das wird Ihnen wohl genügen.“ Der Sonnenschein könnte den armen Kranken ja schaden; denn der beste Platz gebührt selbstverständlich den das Regiment führenden Schwestern. Wir müssen uns nunmehr mit den ja immer beschatteten Wegen und 6 Stühlen bzw. 3 Bänken des anderen Teiles begnügen. Eine solche Zurücksetzung und Behandlung durch die Oberin verdient wahrlich tiefer gehängt zu werden. Die Kranken von Med. I, II und III.

Literarisches.

Die Gemeindepolitik einer sozialdemokratischen Mehrheit. Als Heft 16 der im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erscheinenden kommunalpolitischen Abhandlungen „Sozialdemokratische Gemeindepolitik“ erschien: „Die Gemeindepolitik einer sozialdemokratischen Mehrheit“, von Julius Bruhns in Offenbach a. M. (Preis 1 M., Vereinsausgabe 50 Pf.). In der gegenwärtigen Presse und besonders in den Schmähschriften des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie ist die Tätigkeit der sozialdemokratischen Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung zu Offenbach in geschäftiger und entstellter Weise kritisiert worden. In der vorliegenden Schrift gibt Genosse Bruhns eine wahrheitsgemäße Darstellung der kommunalen Tätigkeit unserer dortigen Parteigenossen und legt dar, daß das Geschrei unserer Gegner über sozialdemokratische „Mißwirtschaft“ eitel Lüge und Verdröhung ist. Die Schrift zerlegt nicht nur die gegnerischen Lügengeschichten, sie gibt auch wertvolles Material aus der Vielartigkeit des kommunalen Lebens, das unseren Vertretern in den Gemeindeparsamenten nützliche Fingerzeige geben kann. Doch darüber hinaus wird sie allen Genossen — besonders auch den agitatorisch tätigen — gute Dienste leisten, da die Offenbacher Kommunalpolitik der sozialdemokratischen Mehrheit auch in der allgemeinen politischen Agitation sehr zum Gegenstand von Verdrehungen und Verleumdungen gemacht wird.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Inserate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des wertvollen Volkes meiste Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“

4129



Aus dem
Riesenhutterfaß

la.
Buttermilch.

Hansa-Meierei G. m. b. H.

— Ausrüstung gute und billige
Nhren-Reparatur-Werkstatt.

Ang. Lübecker, Nhren-Reparaturmeister,
4130) **Fischstraße 32.**

Achtung!

Jeden Dienstag verlaufe in
Schwarze auf dem Marktplatz:
frische Eier, Zungen, Schell-
fische, billige Diner-Goldbrat,
Schnitzwerk. (4139)
H. B. B. J. Fischhandlung, Lübeck.



KOSMOS

Gesellschaft der Naturfreunde
bietet für den geringen Jahresbeitrag von
nur M 4.80

12 starke, reich illustrierte Monatshefte und
5 naturwissenschaftliche Werke erster Autoren

Belehrend / Unterhaltend

Treten Sie sofort bei oder verlangen Sie Pro-
spekt bzw. Probeheft bei Ihrer Buchhandlung
oder der Geschäftsstelle des Kosmos, Stuttgart

Frühling Kopf und Bein

Kochrippen per Pfd. von 20 Pf. an
Gibben, frische . . . per Pfd. 45 Pf.
Dicke Flomen . . . per Pfd. 60 Pf.
ff. Schmalz b. 16 Pf. v. 2 Pfd. a 60 Pf.
Schweinefleisch, Bratenfleisch 65 Pf.
Dicke Rippen . . . per Pfd. 65 Pf.

Karl Lahrz, **Währerstraße**
14-16.
vom M. Lahrz. (4146)

Für Schuhmacher-Meister!
Neu eingetroffen: Garantiert prima
Coupons zu 2,47 Pf. Beficht zwangs-
los wie immer. Kuhl, Fischtr. 34.

Lachs-Abfall

täglich frisch
— Paket 20 Pfg. —
Fischstraße 31.

Gute Magnum bonum, lange
gelbe, gelbe u. blaue Eierkartoffeln,
frumme rote gelbe empfehle bei 5
u. 10 Pfd., bei 100 Pfd. frei Haus.
C. Prestin, (4145)
Fleischhauerstraße 60.

Pfingst-Konzert

veranstaltet vom
Gesangverein Männerchor Ost-Berlin
und
Hamburger Sängerehor (Sitz Eimsbüttel)

Mitgliedschaften des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes
am Sonntag, dem 31. Mai 1914, abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.

Eintrittspreis 30 Pfg. pro Person.

Karten sind zu haben im Gewerkschaftshaus, bei Carl Wittfoot,
Hützstr. 18, F. Lender, Hützstr. 94, sowie bei den Mitgliedern des
Chorvereins Lübeck. (3749)

Hierzu ladet freundlichst ein
Das Komitee.

Büchertarten ff. Eisenbahnstation, 100 Stück von 1.00 M. an
Fr. Meyer & Co., Johanne-
straße 46.